Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz

1/99

50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz

Bildung ist Zukunft

Mit dem Gymnasium ins nächste Jahrhundert

Auszug S. 31-52:

„50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz“

Hubert Schmitz,

Zeitschrift des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz

Zu diesem Heft ...

Vom 4. November 1999 bis 6. November 1999 fand die diesjährige Vertreterversammlung des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach statt. Im Rahmen dieser Versammlung, die im Turnus von zwei Jahren stattfindet, ist es ein guter Brauch, eine Festveranstaltung mit einem Vortrag zu einem bildungspolitischen Thema durchzuführen. In diesem Jahr beschäftigte sich der Präsident der Universität Kaiserslautern, Prof. Dr.-Ing. Günter Warnecke, mit dem Thema »Wissenschaft, Bildung und Ausbildung als Grundelemente von Gymnasium und Universität – ein Paradigmenwechsel im Grundverständnis durch die Entwicklung von Naturwissenschaften und Technik?« Seinen Vortrag haben wir im ersten Teil dieses Heftes aufgenommen.

Foto: Hambrecht

Josef Zeimentz
Pressereferent

Zu Beginn dieser Festveranstaltung sprach der Vorsitzende des Philologenverbands Rheinland-Pfalz, Max Laveuve, über aktuelle bildungs- und berufspolitische Themen. Diese Rede ist im ersten Teil dieses Heftes abgedruckt. Es folgen ein Bericht über die Grußworte der bei der Festveranstaltung anwesenden Vertreter der Landtagsfraktionen und der Eltern sowie ein Bericht über das Grußwort von Bildungsminister Zöllner, der zu aktuellen Themen der Bildungspolitik sprach. Dem Bericht über diese Festveranstaltung schließen sich weitere Beiträge über die Vertreterversammlung insgesamt an.

Der zweite Teil des Heftes steht ganz im Zeichen unseres diesjährigen Jubiläums. Der Philologenverband Rheinland-Pfalz feiert seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlass hat der Ehrenvorsitzende unseres Verbandes, Hubert Schmitz, in unseren Archiven gestöbert und die Geschichte des Verbandes zusammengetragen. Dazu kommen noch Gratulationsschreiben des Ministers und der Landtagsfraktionen sowie ein Bericht über 50 Jahre Fortbildung in Rheinland-Pfalz, der von dem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Frau Ursula Päßler, verfasst wurde. Den Abschluss des Heftes bildet ein Beitrag unseres Stellvertretenden Vorsitzenden, Werner Keym, mit dem Titel »200 Jahre Gymnasium in Deutschland«.

Josef Zeimentz

INHALT

Zu diesem Heft 2

TEIL I: Vertreterversammlung 1999

Eröffnungsrede des Landesvorsitzenden Max Laveuve
Für eine Kultur der Anstrengung 3

Grußworte anlässlich der Festveranstaltung am 5. November 1999
- Staatsminister Professor Dr. E. Jürgen Zöllner 8
- Ulla Brede-Hoffmann (MdL), SPD-Landtagsfraktion 9
- Erhard Lelle (MdL), CDU-Landtagsfraktion 10
- Werner Kuhn (MdL), F.D.P.-Landtagsfraktion 10
- Guido Dahm (MdL), Bündnis 90/DIE GRÜNEN 11
- Dr. Irmtraud Heym, Landeselternbeirat 11
- Brigitte Ellrich, Elternverein Rheinland-Pfalz 12
- OStD Ernst-Dieter Herr, Landesdirektorenvereinigung 12

Prof. Dr.-Ing. Günter Warnecke
Wissenschaft, Bildung und Ausbildung
als Grundelemente von Gymnasium und Universität 13

Die Schule im Mittelpunkt 17

Delegiertenversammlung traf klare Richtungsentscheidung 20

Auswahl aus dem Presseecho 22

Der Philologenverband trauert 24

TEIL II: 50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz

Glückwünsche
- des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung 25
- des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion 25
- des Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz 26
- des Fraktionsvorsitzenden der F.D.P.-Landtagsfraktion 27
- der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN 28
- des Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes 29
- der Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Rheinland-Pfalz 30

Chronik: 50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz 31

50 Jahre Studienseminare Rheinland-Pfalz 52

200 Jahre Gymnasium in Deutschland 54

Das Titelbild zeigt die Johannes-Gutenberg Universität in Mainz, 1949 Gründungsort des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz. Foto: Zeimentz

50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz

von Hubert Schmitz

Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz

Am 17. Juli 1999 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Jahrestag der Gründung des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz. Grund genug, einen kurzen Rückblick zu halten.

Schon im Jahre 1945 hatte der spätere 1. Vorsitzende unseres Verbandes, Herr Dr. von Jungenfeld, den Versuch unternommen, eine Gewerkschaft der akademisch gebildeten Lehrer zu gründen. Dieser Versuch scheiterte in den Jahren 1945 und 1946, weil die Entnazifizierung der Beamten noch nicht abgeschlossen war, und in den darauf folgenden Jahren, weil die französische »allmächtige« Militärregierung sich weigerte, neben dem bereits bestehenden Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als Einheitsgewerkschaft andere Berufsverbände zuzulassen. Erst nachdem nach langwierigen Verhandlungen mit der französischen Militärregierung dann doch am 23. April 1949 in Koblenz, dem damaligen Regierungssitz der ersten frei gewählten Landesregierung, die Gründungsversammlung der Gewerkschaft Beamtenbund Rheinland-Pfalz hatte stattfinden können und in der ersten Delegiertenversammlung des DBB am 30. Juni 1949 in der Satzung unter anderem die Gliederung des DBB in Fachverbände festgeschrieben worden war, konnte Herr Dr. von Jungenfeld zu der Gründungsversammlung am 23. Juli 1949 des »Bundes der Lehrkräfte der höheren Schulen von Rheinland-Pfalz« einladen. Diese Versammlung fand nicht in der damaligen Landeshauptstadt Koblenz, sondern in der Johannes Gutenberg-Universität zu Mainz statt. Offensichtlich wurde dieser Sitzungsort ausgewählt, um die enge Verbindung von höherer Schule und Universität zu dokumentieren.

Zur Gründungsversammlung waren ungefähr 30 Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Städten von Rheinland-Pfalz erschienen. In dieser Versammlung, die unter der Leitung von Herrn Studienrat Dr. von Jungenfeld stattfand, wurde die von ihm und einigen Kolleginnen und Kollegen entworfene Satzung paragraphenweise besprochen und einstimmig gebilligt. Außerdem wurde auch das Verhältnis des Bundes zu den anderen Gruppen der Erzieherschaft, namentlich zu den Lehrern der Volksschule, besprochen, und der Wille zum Ausdruck gebracht, eine enge Fühlungnahme anzustreben. Man kann vermuten, dass die besondere Erwähnung der Volksschullehrerschaft auch einer etwaigen Kritik der Militärregierung vorbeugen sollte, die ja ursprünglich nur eine Vertretung der Beamten- und Lehrerinteressen unter dem Dach der Einheitsgewerkschaft DGB zulassen wollte.

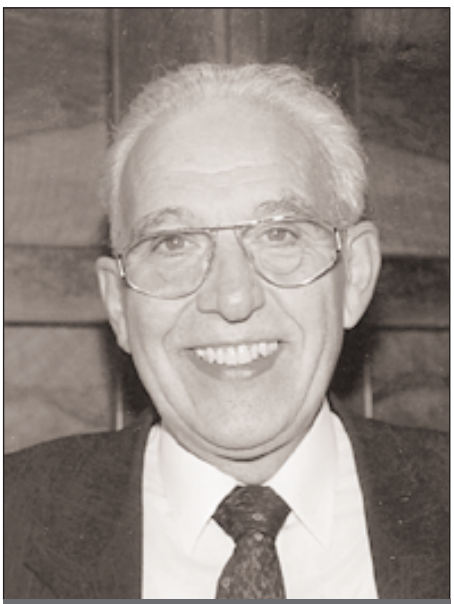


Foto: Zeimentz

Hubert Schmitz
Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz

Als vorläufiger Vorstand wurde einstimmig gewählt:

1. **Dr. Jakob von Jungenfeld, Studienrat, geb. 1885**
   Fächer: Griechisch, Latein, Gymnasium in Mainz (heutiges Rabanus-Maurus-Gymnasium)
   als Vorsitzender
2. **Dr. Ludwig Escher, Studienrat, geb. 1887**
   Fächer: Griechisch, Latein, Geschichte Gymnasium in Mainz
   als Schriftführer und Stellvertreter des Vorsitzenden
3. **Wilhelm Jüdicke, Studienrat, geb. 1888**
   Fächer: Chemie, Physik, Mathematik Oberschule für Knaben in Mainz (heutiges Gymnasium am Kurfürstlichen Schloss)
   als Beisitzer und Kassierer
4. **Dr. Anny Rohr, Studienrätin, geb. 1904**
   Fächer: Englisch, Deutsch, Bildende Kunst Frauenlobschule Mainz
   als Beisitzerin

Es darf nicht verwundern, dass in den vorläufigen Vorstand nur Mitglieder Mainzer Schulen gewählt wurden. Da die Kontaktmöglichkeiten damals ▶

erschwert waren, sprachen für diese Wahl wohl überwiegend praktische Gründe. Es ist auch anzunehmen, dass diese Mitglieder bei der Vorbereitung der Gründungsversammlung maßgeblich beteiligt waren. Dass bessere Kontaktmöglichkeiten und geringere Kosten eine erhebliche Rolle spielten, sieht man daran, dass der 1. Vorsitzende Herr von Jungenfeld noch am 23. März 1955 an die Vertrauensleute der höheren Schulen von Mainz und der näheren Umgebung schreibt, »dass der erweiterte Vorstand (heute in etwa vergleichbar dem Hauptvorstand) der Ansicht sei, dass der 1. Vorsitzende und auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands tunlichst aus Mainz und der näheren Umgebung von Mainz genommen werden sollten«, was sich allerdings nicht verwirklichen ließ. Nur der Nachfolger von Herrn von Jungenfeld, Herr Flommersfeld, der Schriftführer und der Kassenwart kamen aus Mainz, der 2. Vorsitzende und die fünf Beisitzer dagegen aus den einzelnen Landesteilen.

Es wurde beschlossen, dass der vorläufige Vorstand innerhalb eines Vierteljahres die Vorstandswahl vorzubereiten und eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen habe. Außerdem wurde dem Vorstand die Ermächtigung erteilt, etwaige Änderungen der Satzung, die von der Militärregierung gefordert würden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Hauptversammlung zuzustimmen. Wie man sieht, übte die französische Militärregierung im Gegensatz zu den Vertretern der Siegermächte in der Bizone damals noch eine strenge Kontrolle aus. Nach dem Urteil des bekannten Professors Joseph Rovan setzte sich die französische Besatzung aus lauter kleinen Fürstentümern zusammen, in denen jedes im Grunde machte, was es wollte.

50 Jahre
PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Der neu gegründete Bund wurde durch Verfügung der Militärregierung mit Schreiben vom 19. August 1949 an den Herrn Oberbürgermeister von Mainz genehmigt. Es wurde darauf hingewiesen, dass alle zugelassenen Vereine verpflichtet seien, über die Bürgermeisterei der Militärregierung jeweils zum 15. des Monats ein Tätigkeitsprogramm für den darauf folgenden Monat einzureichen (!). Das Programm sei in doppelter Ausfertigung, deutsch und französisch, vorzulegen. Fehlanzeige sei erforderlich und könne gegebenenfalls für einen längeren Zeitraum abgegeben werden.

Am 20. Oktober 1949 hielt »der Bund der Lehrkräfte der höheren Schulen von Rheinland-Pfalz« in der Johannes Gutenberg-Universität seine erste Hauptversammlung ab. Die Universität war auch der Tagungsort für die beiden nächsten Versammlungen. Nach der Satzung bezweckte der Bund die Förderung der Interessen der höheren Schule durch Mitarbeit an ihrem Aufbau und deren Ausgestaltung im Sinne der Demokratie (nach der Nazidiktatur sehr wichtig!), der Völkerversöhnung, der Toleranz und der Menschlichkeit. Er erstrebte die berufliche, kulturelle und wirtschaftliche Hebung seiner Mitglieder in Zusammenarbeit mit den anderen Berufsorganisationen. Er trat dem Beamtenbund kooperativ bei.

Schreiben Sie uns per E-Mail:
Info@Philologenverband.de

Organe des Bundes waren: Der Vorstand, der erweiterte Vorstand und die Hauptversammlung. Der Vorstand bestand aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, den Schriftführern, dem Rechner und drei Beisitzern. Der Vorstand sollte jährlich auf der Hauptversammlung in geheimer und direkter Wahl gewählt werden, und zwar der Vorsitzende für sich, die übrigen zusammen. Obwohl weiterhin die Haupt- bzw. Vertreterversammlung jährlich stattfand, wurde seit der Satzungsänderung von 1955 bis heute der Geschäftsführende Vorstand von der Vertreterversammlung auf zwei Jahre gewählt. Da leider das Protokollbuch über die Sitzungen/Versammlungen der ersten Jahre nicht mehr vorliegt (es ging laut Aussage des Kollegen Petermann beim Transport über Schüler an die Vorstandskollegen leider verloren!), wissen wir nur, dass seit der ersten Hauptversammlung Herr von Jungenfeld als Vorsitzender, Herr Wilhelm Jüdicke als Rechner (bis zu seinem Tode 1958), Dr. Johannes Brücken als zweiter Vorsitzender (starb unerwartet 1955 einen Tag vor Beginn der Hauptversammlung in Bingen) und Dr. Jakob Franz als Schriftführer und der spätere Ehrenvorsitzende Gregor Seyfried dem Vorstand angehörten.

Konnte der Beamtenbund innerhalb dreier Monate 5000 Mitglieder melden, worunter sehr viele Lehrer gewesen sein müssen, traten bereits im ersten Jahr 950 Kolleginnen und Kollegen unserem Verband bei. Im April 1954 war die Mitgliederzahl sogar auf 1500, 1955 auf rund 1700, darunter 410 Kolleginnen angewachsen. Dem damaligen Kultusministerium gehörten acht Mitglieder an. Überhaupt bleibt festzuhalten, dass bis in die sechziger Jahre ca. 90 Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen unserem Verband angehörten.

Mit Dankbarkeit konstatieren wir auch, dass von den Kolleginnen und Kollegen, die bereits am 1. Oktober 1949 eingetreten waren, heute noch 29 ihrem Verband die Treue halten. Ein Kuriosum am Rande: Die Beisitzerin des vorläufigen Vorstandes trat erst am 1. April 1954, also knapp fünf Jahre nach der Gründungsversammlung, dem Verband bei. Ob Querelen dafür die Ursache waren?

Schon am 25. September 1947 hatten sich die 1946 und 1947 gegründeten Landesverbände in der britischen und amerikanischen Besatzungszone zum Deutschen Philologenverband zusammengeschlossen. Die Initiative dazu ging von unserem späteren 1. Vorsitzenden Dr. von Jungenfeld aus, der im August 1947 eine Besprechung mit dem damaligen 1. Vorsitzenden des Philologenverbandes Nordrhein-Westfalen in Hochheim am Main anregte. Als Ergebnis dieser Besprechung erging eine Einladung an die Vorsitzenden der schon bestehenden Verbände zum 25. September 1947 zu einer Gründungsversammlung in Bad Homburg, an der Herr Dr. von Jungenfeld, obwohl unser Verband noch nicht offiziell bestand, teilnahm. Von diesem Zeitpunkt an wurde er zu allen Vorstandssitzungen des Deutschen Philologenverbandes eingeladen. Mit der Neugründung des Deutschen Philologenverbandes war nach Auflösung des Verbandes 1936 durch die NSDAP und nach neun Jahren des Schweigens in der Hitlerdiktatur eine neue Vereinigung der Lehrer an den höheren Schulen geschaffen. In diesen Dachverband wurde unser rheinland-pfälzischer Philologenverband im Spätjahr 1949 aufgenommen, was auch dazu führte, dass die Hauptversammlung unseres Bundes vom 20. Mai 1951 eine Änderung des Namens in Philologenverband Rheinland-Pfalz (Bund der Lehrkräfte der höheren Schulen, Fach- ▶

Protokoll der Gründungsversammlung des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz vom 23. Juli 1949 (Abschrift)

Mainz, den 23. Juli 1949

An die
Französische Militärregierung
Über die Bürgermeisterei
M a i n z .

Bericht
über die Gründungsversammlung
des »Bundes der Lehrkräfte der höheren Schulen von Rheinland-Pfalz.«

Am 17. Juli 1949 fand um 11 Uhr in der Johannes Gutenberg Universität zu Mainz die Gründungsversammlung des »Bundes der Lehrkräfte der höheren Schulen von Rheinland-Pfalz« als Fachschaft der Gewerkschaft »Beamtenbund Rheinland-Pfalz« statt.
Ungefähr 30 Damen und Herrn aus den verschiedensten Städten von Rheinland-Pfalz waren erschienen, alles Lehrkräfte, die an höheren Schulen von Rheinland-Pfalz tätig sind.
Im Namen des vorbereitenden Ausschusses begrüßte Herr Studienrat Dr. v. Jungenfeld vom Gymnasium Mainz die Anwesenden.
Er berichtete über die Vorarbeiten, die er für das Zustandekommen der Tagung geleistet hatte und gab Richtlinien für die künftige Tätigkeit des Bundes.
Er machte eine Mitteilung des Delegierten für Gewerkschaftsfragen der Militärregierung in Koblenz an den vorläufigen Vorsitzenden der Gewerkschaft »«Beamtenbund Rheinland-Pfalz««vom 28.6.1949 bekannt, nach der die Lizensierung des Landesverbandes alle satzungsgemässig vorgesehenen Untergliederungen umfasse.

Als Leiter der Versammlung wurde Herr Dr. v. Jungenfeld und als Beisitzer Herr Studienrat Wilhelm Jüdicke und Studienrätin Frl. Dr. Anny Rohr gewählt.
Die in der Anlage beigefügten Satzungen wurden paragraphenweise besprochen und einstimmig gebilligt. In der Debatte über die Satzungen wurde auch das Verhältnis des Bundes zu den anderen Gruppen der Erzieherschaft, namentlich zu den Lehrern der Volksschule besprochen und der Wille zum Ausdruck gebracht, eine enge Fühlungnahme anzustreben.

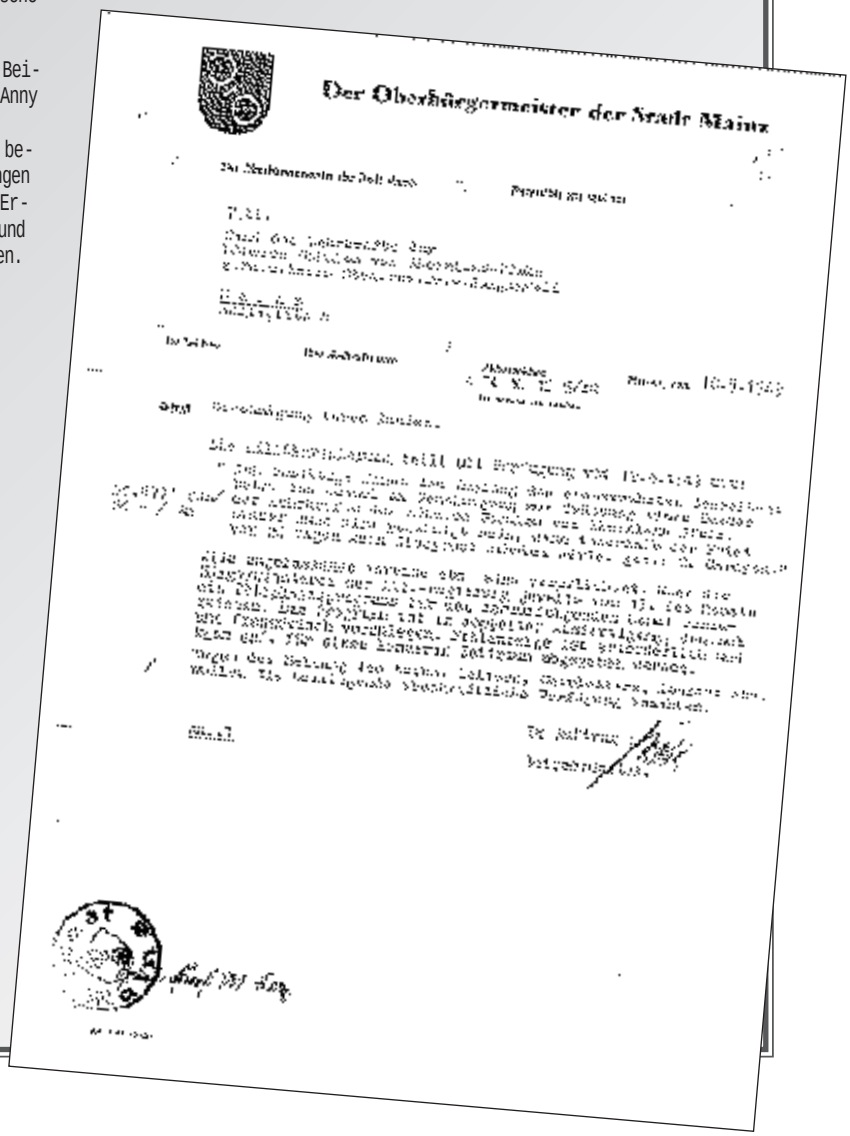
Als vorläufiger Vorstand wurde einstimmig gewählt:
1. Dr. Jakob v. Jungenfeld, Studienrat, Gymnasium, Mainz
   Vorsitzender
2. Dr. Ludwig Escher, Studienrat, Gymnasium Mainz
   Schriftführer und stellvertretender Vorsitzender
3. Wilhelm Jüdicke, Studienrat, Oberschule f. Knaben, Mainz
   Beisitzer u. Kassierer
4. Dr. Anny Rohr, Studienrätin, Frauenlobschule, Mainz
   Beisitzer

Es wurde beschlossen:
1. Der vorläufige Vorstand hat innerhalb eines Vierteljahres die Vorstandswahl vorzubereiten und eine außerordentliche Hauptversammlung zur Bestätigung der Wahl einzuberufen.
2. Dem Vorstand wurde die Ermächtigung erteilt, etwaige Änderungen der Satzungen, die von der Militärregierung gefordert werden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Hauptversammlung zuzustimmen.

Um 2 Uhr 30 schloß der Leiter die Versammlung.

i.A.
Dr. v. Jungenfeld

Anlage:
1. vier Bescheinigungen
2. Satzungen.


Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

verband des deutschen Beamtenbundes, Landesverband Rheinland-Pfalz) beschloss und eine Eintragung der Satzung in das Vereinsregister beantragte. Wenn man liest, was die Gründer unserer Berufsvertretung in der unmittelbaren Nachkriegszeit gedacht haben und mit welchen Bestrebungen sie sich auseinandersetzen mussten, stellt man fest, dass sich in der bildungspolitischen Diskussion bis heute nicht viel geändert hat. Der folgende Ausschnitt aus einem Aufsatz , den der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes im Dezember 1947 in der ersten Nummer unserer Verbandszeitschrift »Die Höhere Schule« veröffentlichte, verdeutlicht dies:

»Die Höhere Schule ist in der Ostzone vernichtet, in anderen offen oder heimlich angefeindet, auch von Stellen, von denen sie Verständnis zu erwarten glaubte. Gegen alle diese Gegner heißt es sich zur Wehr zu setzen und das Eigenrecht der höheren Schule und ihre Stellung im Leben des deutschen Volkes und seiner Kultur zu verteidigen. Es geht hier nicht um die Interessen unseres Standes, was die Gegner der Öffentlichkeit erzählen wollen, um unsere Bestrebungen als engstirnigen Eigennutz abzutun. Es geht auch nicht um die höhere Schule an und für sich. Es geht vielmehr um die Aufgabe, die der höheren Schule im Kulturleben unseres Volkes zugewiesen ist: um die Zukunft unserer Jugend und damit unseres Volkes. Die neunjährige höhere Schule ist kein Gebilde des Zufalls, das man erhalten, verändern oder beseitigen kann nach Belieben und nach schulfremden Gesichtspunkten. Sie stellt vielmehr das Ergebnis von jahrzehntelangen Erfahrungen dar und hat sich trotz aller kurzsichtigen Angriffe, die abgewehrt werden mußten, und einzelner Schwächen, die jeder menschlichen Einrichtung anhaften, jederzeit bewährt. Jede Verkürzung oben oder unten, die unter dem irreführenden Schlagwort ‚Einheitsschule' oder dem Vorwand der ‚Demokratisierung' gefordert wird, kann nur ein weiteres Absinken ihrer Leistungen herbeiführen. Geringere Leistungen aber müssen unseren endgültigen Untergang nach sich ziehen. Arme Völker müssen mehr arbeiten als reiche. Mehrarbeit und höhere Leistung aber kann nur durch erhöhte Anforderung erreicht werden, nicht durch Verminderung, nicht dadurch, daß Tüchtige wie Untüchtige gleiche Ausbildung erhalten, sondern nur durch schärfste Auslese der Besten ohne Rücksicht auf Herkunft, Stand oder Vermögen. Niemand kann und wird uns Lehrern an den höheren Schulen die schwere Verantwortung abnehmen, alles zu tun, um mit der höheren Schule die Kultur und die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes zu erhalten und zu fördern. Das kommende Geschlecht wird das Urteil fällen über unser Tun und Lassen.«

50 Jahre PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

In diesem Zusammenhang verdient es erwähnt zu werden, dass auch die Gründer unseres Landesverbandes Forderungen erhoben haben, die auch heute noch im Gespräch sind oder inzwischen bereits realisiert wurden. So appellierte der spätere 1. Vorsitzende Herr Dr. von Jungenfeld schon 1947 an die Öffentlichkeit, sich für die Ganztagsschule, für eine den Erfordernissen der Zeit entsprechende Lehrerbildung und für eine Lehrerfortbildung einzusetzen. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass Herr von Jungenfeld damit nicht für eine Laufbahnangleichung innerhalb der Lehrerschaft votierte. Denn schon 1919 sah sich der Deutsche Philologenverband genötigt, vor der von der Reichsschulkonferenz favorisierten Angleichung der Philologen- und der Volksschullehrerlaufbahn, die seiner Meinung nach auf einer quantitativen Auffassung von Bildung beruhte, aber der Wirklichkeit des Lehrerberufs nicht entsprach, zu warnen. Man sah damals nämlich ein zweijähriges Universitätsstudium eines Faches für die Unterstufenlehrer und ein dreijähriges Studium dreier Fächer für die Oberstufenlehrer vor. Ähnliche Vorstellungen versuchte 1973 der damalige Bundesbildungsminister mit seinem Dohnanyi-Modell zu realisieren.

Organe des Verbandes

a) Vorstand/der erweiterte Vorstand, der Geschäftsführende Vorstand

Bei der Durchsicht der vorliegenden Satzungen fällt auf, dass anfangs häufig Funktionen und Zusammensetzung der Vorstände wechselten.
In der ersten Satzung vom 17. Juli 1949 besteht der Vorstand aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, den Schriftführern, dem Rechner und drei Beisitzern, wobei Vorsitzender und Schriftführer tunlichst an einem Ort sein sollten (offenbar aus Praktikabilitätsgründen). Der Vorstand wird jährlich auf der Hauptversammlung gewählt.
Nach der Satzungsänderung anlässlich der Hauptversammlung am 20. Mai 1951, wo ja auch die Änderung des Namens in Philologenverband erfolgte, setzen sich die Organe des Verbandes aus dem Geschäftsführenden Vorstand, dem Vorstand, dem erweiterten Vorstand (Vorstand, Bezirksobmänner, Leiter der vom Vorstand anerkannten Arbeitsgemeinschaften/Gruppen) und der Hauptversammlung zusammen. Der Vorsitzende und der Schriftführer (!) bilden den Geschäftsführenden Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Obwohl die Hauptversammlung jährlich stattfindet, erfolgt nunmehr die Wahl des Vorstandes alle zwei Jahre.
Bereits auf der Vertreterversammlung in Bingen am 24. April 1955 wird die Satzung erneut geändert. Nunmehr sind die Organe des Verbandes der Vorstand (der 1. Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung der 2. Vorsitzende), der Geschäftsführende Vorstand (der 1. und 2. Vorsitzende, der Schriftführer, der Rechner und fünf Beisitzer; der Leiter der Assessoren AG hat Sitz und Stimme), also 10 Mitglieder, der Verbandsvorstand (Geschäftsführender Vorstand und Bezirksobleute) und die Vertreterversammlung.
Vermutlich erklären sich die häufigen Änderungen dadurch, dass man versuchte, sie auf die Bedürfnisse des 1. Vorsitzenden, Herrn von Jungenfeld, der bis zur Vertreterversammlung im April 1955 in Bingen amtierte, zuzuschneiden. Mittlerweile hatten sich ja die Kommunikationsmöglichkeiten wesentlich verbessert und die Verhältnisse etwas normalisiert. Auf der Vertreterversammlung am 18./19. Mai 1957 in Mainz wurde lediglich der Geschäftsführende Vorstand um einen 2. Schriftführer erweitert, da der eine Schriftführer bei der Protokollierung der Vertreterversammlung doch stark strapaziert wurde und der zweite auch die Herausgabe der »*Mitteilungen*« betreuen sollte. Diese Gliederung der Organe hatte, von unwesentlichen Änderungen einmal abgesehen, bis zur Vertreterversammlung am 12. Oktober 1968 Bestand. Freute man sich in den Anfangsjahren des Verbandes noch über jede/n, die/der bereit war, an führender Stelle mitzuarbeiten, so stellte man später trotz Zunahme der

Vorstände des Philolognverbandes 1949 - 1999

	Vorstand 1. Vorsitzender	2. Vorsitzender	Kassierer	1. Schriftführer	2. Schriftführer						Presse	Assessoren
49/50	Dr. v. Jungenfeld	Dr. Brückner	Jüdicke	Dr. Franz								
51/52	Dr. v. Jungenfeld	Dr. Brückner	Jüdicke	Dr. Franz		Seyfried	Reinmann	Koenig	Scharfenberger	Funk		Jean Nels 1952
53/54	Dr. v. Jungenfeld	Dr. Brückner	Jüdicke	Dr. Franz		Seyfried	Reinmann	Koenig	Scharfenberger	Funk		Dr. Licht 1953
55/56	Flommersfeld	Reinmann	Jüdicke	Dr. Licht	Dr. Franz	Seyfried	Minning	Koenig	Scharfenberger	Funk		Probst
58/59	Flommersfeld	Reinmann	Jüdicke/ v. Jungenfeld	Dr. Licht	Dr. Franz	Seyfried	Minning	Koenig	Scharfenberger	Funk		Probst
60/61	Mohr	Roland	Dr. Nies	Dr. Licht	Dr. Franz		Reinmann	Merkel	Schneider	Thiel	Theisen/ Fischer	Probst
61/62	Mohr	Roland	Dr. Nies	Dr. Licht	Dr. Franz	Flommersfeld	Dr. Fritzsch	Merkel	Probst	Dany	Fischer	Probst/Schäfer
63/64	Mohr	Roland	Brentzel	Dr. Licht	Dr. Franz	Flommersfeld	Finkler	Merkel	Probst	Dany	Bischofs–berger	Probst/Schäfer
65/66	Mohr/Roland	Petermann	Brentzel	Dr. Licht	Dr. Franz	Bischofsberger	Finkler	Merkel	Probst	Dany	Bischofs–berger	Trutzel
67/68	Roland	Petermann	Brentzel	Dr. Licht	Schmitz	Bischofsberger	Finkler	Merkel	Probst	Dany	Bischofs berger	Wessa

Nach Organisationsreform: Geschäftsführender Vorstand

	1. Vorsitzender	2. Vorsitzender	Bildung	Beamtenrecht und Besoldung	Öffentlich-keitsarbeit	Kassen-verwaltung	Assessoren/ Junge Philologen	
69/70	Roland	Petermann	Dr. Simonis	Merkel	Dr. Bauer	Blüm	Niehl	
71/72	Roland	Petermann	Dr. Simonis	Merkel	Dr. Bauer	Blüm	Niehl/Dr. Hönig	
73/74	Roland	Petermann/Schmitz	Käthe Ostermann	Gauweiler	Dr. Bauer	Blüm	Dr. Hönig/ Schumacher	
75/76	Roland	Schmitz	Käthe Ostermann	Gauweiler	Dr. Bauer	Blüm	Schumacher/Herty	
77/78	Roland	Schmitz	Käthe Ostermann	Gauweiler	Dr. Bauer	Blüm	Herty/Dr. Böhm	
79/80	Roland	Schmitz	Schädlich	Gauweiler	Dr. Bauer	Blüm	Blümke/Gierlich	
81/82	Roland	Schmitz	Schädlich	Gauweiler	Dr. Bauer	Blüm	Gierlich	
83/84	Roland	Schmitz	Schädlich	Schu	Dr. Bauer	Blüm	Gierlich/Nies (ab 11.8.84)	
85/86	Roland/Schmitz	Schmitz/Laveuve	Dr. Weitzel	Schu	Dr. Bauer	Blüm	Nies	
87/88	Schmitz	Laveuve	Keym	Schu	Dr. Bauer	Blüm	Nies	
89/90	Schmitz	Laveuve	Keym	Schu	Dr. Bauer	Blüm	Nies	Frauenvertreterin
91/92	Schmitz	Laveuve	Keym	Schu	Dr. Bauer	Blüm	Nies	Päßler
93/94	Schmitz	Laveuve	Keym	Gierlich	Dr. Bauer	Blüm	Nies/Leyendecker	Päßler
95	Schmitz/Laveuve	Laveuve/Keym	Blümke	Gierlich	Zeimentz	Blüm	Leyendecker	Päßler
96	Laveuve	Keym	Blümke	Gierlich	Zeimentz	Blüm	Leyendecker	Päßler
97/98	Laveuve	Keym	Blümke	Gierlich	Zeimentz	Blüm	Leyendecker/ Lenzen	Päßler
1999	Laveuve	Keym	Blümke	Gierlich	Zeimentz	Blüm	Lenzen	Päßler

Aufgaben und Belastung der einzelnen Funktionäre fest, dass ein Geschäftsführender Vorstand mit elf satzungsmäßigen Mitgliedern auch die Arbeit erschweren kann. Deshalb wurde auf der Vertreterversammlung am 12. Oktober 1968 in Mainz eine neue Verbandssatzung beraten und beschlossen, die sowohl dem notwendigen Prozess der Meinungsbildung von unten nach oben als auch der Struktur der Verbandsführung Rechnung trug, die nach wie vor ehrenamtlich von nur wenigen Kollegen unter stetem Zeitdruck getragen wurde. Mit der neuen Satzung einher ging eine Straffung der Verbandsführung: Der Geschäftsführende Vorstand wurde zur Vergrößerung der Effektivität und Erhöhung der Schlagkraft von 10 auf 5 Mitglieder verkleinert. Die Bezirke und die einzelnen Schulgruppen erfuhren eine stärkere Berücksichtigung als bisher, um die Verbandsarbeit mittragen zu können.

Es ist besonders dem damaligen Vorsitzenden Günther Roland zu verdanken, dass der schwierige Prozess der Umstrukturierung des Verbandes gelang und damit alle Mitglieder, die positiv mitarbeiten wollten, die Geschicke des Verbandes mitbestimmen konnten. Dass die Reduzierung des Geschäftsführenden Vorstands die richtige Entscheidung war, sieht man daran, dass seitdem lediglich ein weiterer Sitz für die Frauenvertreterin in der Satzung verankert wurde, was sich bewährt hat, und die (der) Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jungen Philologen, die (der) seit ihrer Gründung schon immer Sitz und Stimme im Ge- ▶

schäftsführenden Vorstand hatte, nunmehr wegen besserer Legitimation von der Vertreterversammlung gewählt wird.

b) Bezirke und Schulgruppen

Nach der ersten Satzung vom 17. Juli 1949 gliederte sich der Bund der Lehrkräfte der höheren Schulen von Rheinland-Pfalz in Bezirke, deren Ausdehnung vom Vorstand festgesetzt wurde. Eine Gliederung in Kreisverbände erübrigte sich, weil die Schulaufsicht über die Gymnasien das Kultusministerium ausübte und nicht, wie bei anderen Schularten, die Schulämter in den Kreisen. Man kann davon ausgehen, dass die Schulgruppen sich bald in acht Bezirke zusammenschlossen, da die Satzungsänderung von 1951 acht Bezirke (Mainz, Kaiserslautern, Koblenz, Bad Kreuznach, Montabaur – damals Sitz einer Bezirksregierung! – Speyer und Trier) festschreibt. Damit trug man wohl auch der »künstlichen« Bildung des neuen Landes Rechnung. Rheinhessen unterstand nämlich bis 1946 der Landesregierung in Darmstadt, die Pfalz war bayrisch gewesen, der Regierungsbezirk Montabaur gehörte zum preußischen Provinzialschulkollegium Kassel (Provinz Hessen-Nassau), Koblenz und Trier zum Provinzialschulkollegium Koblenz der Rheinprovinz, und Birkenfeld sowie Idar-Oberstein waren bis 1934 oldenburgisch.

50 Jahre PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Jeder Bezirk wählte zunächst auf je 50 seiner Mitglieder einen Vertreter. Die Bezirksvertreter wählten aus ihrer Mitte den Bezirksobmann, der auf Landesebene den Bezirk vertrat (als Mitglied des erweiterten Vorstands, ab 1955 des Verbandsvorstandes, seit 1968 des Hauptvorstandes). 1968 wurde durch eine neue Verbandssatzung nicht nur der Geschäftsführende Vorstand von 10 auf 5 Mitglieder verkleinert, sondern auch die Anzahl der Bezirke wurde von 8 auf 5 reduziert. Allerdings erfuhren diese und die einzelnen Schulgruppen eine stärkere Berücksichtigung als bisher. Denn nach Vollzug der Satzung waren seit 1969 sowohl die Bezirksvorsitzenden als auch ihre Stellvertreter Mitglieder des Hauptvorstandes. Durch die Reduzierung der Zahl der Bezirke sollte auch die Größe und das Gewicht der einzelnen besser angeglichen werden, was allerdings beim Bezirk Koblenz nicht ganz gelang.

Diese Einteilung, die sich an sich bewährte, erwies sich allerdings bald als nicht mehr praktikabel, da durch die Funktionalreform die Bezirksregierungen in Montabaur und Rheinhessen zum 1. Oktober 1968 aufgelöst worden waren und auch die Gymnasien durch das neue Landesgesetz über die Schulen in Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974 der Schulaufsicht durch die Bezirksregierungen (Mittelinstanz) unterstellt wurden. Dadurch waren die im damaligen Bezirk Mainz unseres Verbandes zusammgefassten Schulen teils der

Die Bezirksvertreter

	Koblenz-Montabaur	Bad Kreuznach	Rheinhessen/Mainz	Pirmasens	Kaiserslautern	Speyer	Ludwigshafen	Trier
1957	Mohr	Meinhold	Blüm	Rippel	Fischer	Hehr/Zimmermann	Knaus	Blumenthal
1959	Dany	Kirch	Blüm	Rippel	Krieger	Ziegler	Seiler	Clasen
1961	Schmidt	Kirch	Blüm	Rippel	Dr. Ballier	Ziegler	Seiler	Clasen
1963	Lütkemeyer	Kirch	Blüm	Brunner	Dr. Ballier	Scharfenberger	Schütt	Clasen
1964	Lütkemeyer	Kirch	Blüm	Brunner	Dr. Ballier	Scharfenberger		Clasen
1965	Dr. Börsch	Baldner	Petermann	Brunner	Dr. Ballier	Scharfenberger		Clasen
1966	Dr. Börsch	Baldner	Albrecht	Brunner	Dr. Ballier	Scharfenberger		Clasen
1967	Dr. Börsch	Baldner	Albrecht	Brunner	Dr. Ballier	Dr. Ninow		Clasen
1968	Diesler	Martin	Albrecht	Brunner	Mungenast	Dr. Ninow		Clasen

Organisationsreform

	Kaiserslautern	Koblenz		Ludwigshafen	Mainz	Trier
1969/70	Franz Mungenast	Walter Diesler		Troitzsch	Lothar Martin Joh.-Georg Radtke	Meinhard Lentz
1971/72	Franz Mungenast	Walter Diesler		Troitzsch	Lothar Martin Joh.-Georg Radtke	Norbert Singer
1972/73	Franz Mungenast	Walter Diesler		Troitzsch	Joh.-Georg Radtke	Horst Schädlich
1974/75	Erich Kämmerer	Walter Diesler		Klaus Lang	Dr. Günther Kuntze	Horst Schädlich
1976/77	Erich Kämmerer	Walter Diesler		Klaus Lang	Dr. Günther Kuntze	Horst Schädlich
		Koblenz-Süd	**Koblenz-Nord**			
1978/79	Erich Kämmerer	Walter Diesler	Klaus Lumma	Klaus Lang	Dr. Günther Kuntze	Rudolf Schu
1980/81	Erich Kämmerer	Walter Diesler	Klaus Lumma	Klaus Lang	Dr. Günther Kuntze	Rudolf Schu
1982/83	Max Laveuve	Walter Diesler	Klaus Lumma	Klaus Lang	Dr. Günther Kuntze	Rudolf Schu
1984/85	Max Laveuve	Walter Diesler	Klaus Lumma	Klaus Lang	Bernd Beyer	Gerhard Piroth
1986/88	Michael Gehring	Walter Diesler/Egon Born	Klaus Lumma	Klaus Lang	Josef Zeimentz	Gerhard Piroth
1989/90	Michael Gehring	Egon Born	Rudolf Vallendar	Klaus Lang	Josef Zeimentz	Gerhard Piroth
1991/92	Michael Gehring	Egon Born	Rudolf Vallendar	Klaus Lang	Josef Zeimentz	Gerhard Piroth
1993/94	Michael Gehring	Eva Salzer	Rudolf Vallendar	Rainer Gierlich	Josef Zeimentz	Gerhard Piroth
1995/96	Michael Gehring	Eva Salzer	Rudolf Vallendar	A Rinck-Fussnegger	Josef Zeimentz	Gerhard Piroth
1997/98	Michael Gehring	Eva Salzer	Rudolf Vallendar	A. Rinck-Fussnegger	Bernd Beyer	Gerhard Piroth
1999/00	Michael Gehring	Eva Salzer	Rudolf Vallendar	A. Rinck-Fussnegger	Bernd Beyer	Gerhard Piroth

Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz, teils der Bezirksregierung Koblenz unterstellt. Dem Antrag des Bezirks Koblenz an die Vertreterversammlung (VV) 1975 auf sofortige Neuordnung der Bezirke und eine der Anzahl der vertretenden Gymnasien entsprechende Vertretung im Hauptvorstand wurde aus Satzungsgründen mit folgender Zwischenlösung entsprochen: Die durch die Regionalreform dem Regierungsbezirk Koblenz zugeordneten Schulen des Naheraumes wurden ab sofort dem Bezirk Koblenz zugeschlagen und bis zur Satzungsänderung durch die VV 1977 gegenüber dem Bezirk Koblenz und im Hauptvorstand durch den Sachbearbeiter für die regionale Neuordnung Herrn Degenhard May vertreten. Allerdings erhielt 1977 auf der Vertreterversammlung der Antrag des Bezirks Koblenz keine Mehrheit, wegen der Vertretung von 53 Schulen und zweier Seminare mit vier Sitzen im Hauptvorstand vertreten zu sein. Da die anderen Bezirke dadurch ein Übergewicht des jeweiligen Bezirksvorsitzenden befürchteten, musste der Bezirk Koblenz eine Aufteilung in die Bezirke Koblenz-Nord und Koblenz-Süd hinnehmen. Seitdem gliedert sich der Landesverband in sechs Bezirke.

Der neu gegründete Landesbund war natürlich auf eine engagierte Vertretung seiner Mitglieder an den einzelnen Schulen angewiesen. Sah die erste Satzung von 1949 lediglich vor, dass jede Schule einen Vertrauensmann wählt und dieser die Verbindung seiner Schule zu den Bezirksvertretern und dem Vorstand herstellt und für die Einziehung der Beiträge an seiner Schule verantwortlich ist (das geschah monatlich durch Bargeldzahlung!), erhielt er durch die Satzungsänderung von 1951 den Auftrag, die Mitteilungen des Verbandes bekannt zu geben, die Beiträge regelmäßig einzuziehen, dem Kassierer bei jeder Einzahlung Rechnung abzulegen und den Vorstand über alle für den Verband wichtigen Vorkommnisse zu unterrichten, besonders über Veränderungen des Mitgliederbestandes seiner Schule. Im Gegensatz zur ersten Satzung 1949, nach der zu einer Hauptversammlung alle Mitglieder Zutritt hatten, aber nur die Bezirksvertreter (je 50 Mitglieder ein Vertreter!) stimmberechtigt waren, erhielten durch die Satzungsänderung von 1951 auch die Vertrauensleute der Schulen das Stimmrecht. An dieser Stellung der Schulvertreter änderte sich, vom persönlichen Beitragseinzug einmal abgesehen, bis heute nicht viel. Allerdings wurde auf Antrag unseres Werbeausschusses zur Intensivierung der Verbandsarbeit vor Ort auf der Vertreterversammlung 1981 beschlossen, dass jede Schulgruppe einen Schulgruppenvorstand wählt, der aus dem Schulvertreter und, je nach Größe und sonstigen Gegebenheiten der Schule, aus einem bis drei weiteren Mitgliedern (Beisitzern) besteht.

c) Die Hauptversammlung/ Vertreterversammlung

Nach der Satzung von 1949 findet die Hauptversammlung jährlich gegen Ende des Bundesjahres, später Verbandsjahres, zunächst vom 1. Mai bis zum nächsten 1. Mai, ab 1951 vom 1.4. bis 31.3. des nächsten Jahres, ab 1955 allgemein *einmal jährlich*, ab 1963 *alle zwei Jahre*, statt. Die Hauptversammlung dient vor allem der Fühlungnahme der Mitglieder sowie der Erörterung fachwissenschaftlicher, pädagogischer und beruflicher Fragen. Zur Orientierung der Öffentlichkeit kann mit der Hauptversammlung eine öffentliche Versammlung verknüpft werden. Sie nimmt den Bericht des Vorsitzenden und des Rechners entgegen und erteilt dem Vorstand Entlastung. Sie wählt den Vorstand (zunächst jährlich, ab 1955 auf zwei Jahre) und zwei Rechnungsprüfer, die in der nächsten Hauptversammlung Bericht über ihre Prüfung zu erstatten haben. 1951 erhält die Hauptversammlung durch den Zusatz, dass sie die oberste Instanz ist, ihre demokratische Legitimierung. 1968 wird konkretisiert, dass sie die Grundzüge der Verbandspolitik festlegt. Obwohl die Satzungsänderung von 1955 vorsieht, dass, wenn keine Wahl, Satzungsänderung, Bewilligung einer Umlage oder Beitragserhöhung geplant ist, mit Zustimmung aller Bezirksobleute eine Versammlung der Bezirksvertreter an Stelle einer Vertreterversammlung treten kann, ist meines Wissens von dieser Möglichkeit bis zur Satzungsänderung 1968 kein Gebrauch gemacht worden.

Die erste Hauptversammlung fand am 20. Oktober 1949 in der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz nur eintägig statt. Sie diente lediglich der Vorstandswahl und der Bestätigung der Satzung. 1950 hielt man außerhalb der Satzung lediglich eine Bezirksvertreterversammlung ab, die den Anschluss an den Deutschen Philologenverband beschloss, was von der nächsten Hauptversammlung bestätigt wurde. Die zweite und dritte Hauptversammlung wurde, nun schon zweitägig (Samstag und Sonntag), ebenfalls in der Universität in Mainz durchgeführt. Von der vierten bis zur 13. Haupt-/Vertreterversammlung 1962 tagte man dreitägig, und zwar über ein Wochenende. Auf den Samstag, Sonntag und Montag hatte man sich festgelegt, weil die Delegierten An- und Abreise mit der Deutschen Bundesbahn bewerkstelligen konnten. Gerade in den Anfangsjahren des Verbandes deckten die Beiträge kaum die Unkosten. Deshalb bestimmte auch die Satzung von 1951, dass zwar die Vorstandsmitglieder bei Reisen, die vom Vorsitzenden genehmigt sind, Reisekosten, Übernachtungskosten und Tagegelder, die Bezirksvertreter und Vertrauensleute dagegen zum Besuch der Hauptversammlung nur Zuschüsse erhalten. So wundert es auch nicht, dass der Vorsitzende z.B. in seinem Einladungsschreiben vom 23. März 1955 zur Hauptversammlung vom 23.-25. April in Bingen die Vertrauensleute, die eine Fahrt 3. Klasse erhielten, dringend bittet, »*wenn irgend möglich Sonntagskarten (die verbilligte Sonntagsrückfahrkarte war gültig von Samstag 12.00 Uhr bis Montag 24.00 Uhr!) zu benutzen und Eilzug zu fahren. Die Herren (!), die z. B. in Koblenz umsteigen müßten, möchten von ihrem Heimatort eine Sonntagskarte nach Koblenz und von da erneut eine nach Bingen lösen.*« Der Vorstand erwartete offensichtlich in den ersten Jahren, dass die Vertrauensleute in ihrem Idealismus und Engagement auch bereit waren, finanzielle Opfer zu bringen und legte ursprünglich den Termin der Versammlung in den Osterferien vom 16. bis 18. April fest, da er einhellig der Ansicht war, dass der Verband mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Wegen der anschließenden Proteste der Delegierten musste dann doch ein Termin außerhalb der Ferien gewählt werden(!). Zeitraubende Verkehrsverbindungen und Kostenersparnis dürften auch die Gründe dafür gewesen sein, dass der Vorstand die Delegierten aus der Pfalz und Rheinhessen im Mai 1956 mit einem Sammel-Bus zur Hauptversammlung nach Trier befördern ließ. Auch der häufige Versammlungsort Mainz sollte wohl Kosten einsparen helfen.

Schon die erste Satzung von 1949 hatte festgelegt, dass die Hauptversammlung u.a. vor allem der Fühlungnahme der Mitglieder dient. Deshalb sah die Tagesordnung seit der Hauptversammlung von 1952 in Mainz jeweils am Samstag- oder Sonntagabend ein gemütliches oder geselliges Beisammensein oder einen heiteren Abend vor. Dass der Verband auch hier sehr sparsam verfuhr, verdeutlicht das Einladungsschreiben des Vorsitzenden zur Hauptver- ▶

sammlung im Mai 1953 in Neustadt an der Weinstraße. Interessenten sollte dabei Gelegenheit geboten werden, unter kundiger Führung eine fröhliche Weinreise entlang der Weinstraße zu machen. Nachfolgend der Einladungstext:

*»Der **‚Heitere Abend'** dient vor allem der ‚Fühlungnahme der Mitglieder' (§ 5, c). Wir bitten daher alle Vertrauensleute, aber auch alle Mitglieder unseres Verbandes, soweit sie in Neustadt oder der näheren Umgebung wohnen, um ihre Teilnahme. Auch die Damen unserer Mitglieder sind freundlichst eingeladen. Eintritt frei. Die **Beteiligung an der ‚Weinprobe'** ist völlig **freigestellt**. Bei dieser werden 10 verschiedene Weine bis zu den besten Sorten ausgeschenkt und zwar derart, daß jeder Teilnehmer soviel Wein erhält wie eine 1/1 Flasche faßt, also von jeder Sorte ungef. 2/3 Glas. Ein Konferenzier wird die jeweils kredenzten Weine, ihre Heimat, die Pfälzer Menschen und ihre Lebensart schildern. Eine Neustädter Dame wird uns mit einigen Liedern erfreuen.*
Damit die Eigenart der einzelnen Weine nicht verwischt geht, erhalten die Teilnehmer noch ein belegtes Brötchen.
***Alles in allem kostet die Teilnahme** an der »Weinprobe« **nur den Wert des gebotenen Weins**, d.s. **6,– DM**.*
Auch wer sich nicht an der Weinprobe beteiligt, hat Zutritt zum Heiteren Abend.«

Hauptversammlung Bingen 1955
Dr. Jacob Franz (Schriftführer), Dr. Karl Jacob von Jungenfeld (Vorsitzender), Hans Scharfenberger (Beisitzer), Wilhelm Jüdicke (Rechner), Karl König (Beisitzer), Carola Funk (Beisitzerin), Alfons Reimann (Beisitzer), Gregor Seyfried (Beisitzer)

50 Jahre PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Bei den Tagungen über ein Wochenende fand am Sonntagmorgen, der Satzung entsprechend, ein Festakt statt, erstmals anlässlich der Hauptversammlung 1952 in Mainz. Zuvor wurde den Delegierten die Möglichkeit geboten, einen evangelischen bzw. einen katholischen Gottesdienst zu besuchen. Bei Durchsicht der vorhandenen Unterlagen ist man erstaunt über die Zahl prominenter Redner, die über das Gymnasium und seine Aufgaben sprachen. Einige seien nachfolgend genannt:
Den Festvortrag hielt 1952 in Mainz der damals sehr bekannte Mainzer Professor der Philosophie, Psychologie und Pädagogik Otto Friedrich Bollnow über *»Die Funktion der höheren Schulen innerhalb des gesellschaftlichen Lebens«*. 1956 sprach in Trier der Direktor des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz Professor DDr. Josef Lortz über *»Die höhere Schule in der heutigen Weltsituation«*. Das Thema des Festvortrags des damals renommierten Pädagogen Professor Karl Erlinghagen (Frankfurt/Freiburg) 1965 in Pirmasens lautete *»Gymnasium und Elitebildung«*. Zur Feier des 20-jährigen Bestehens 1969 in Mainz hatte sich Professor Horkheimer (!) bereit erklärt, zu der Festversammlung über das Thema *»Die Problematik von Bildung in unserer heutigen Welt«* zu sprechen. Herr Professor Horkheimer, der zu dieser Zeit mit seiner Frau in der Schweiz weilte, konnte aber leider seine Zusage nicht einhalten, weil seine Frau in der Nacht vor der Abreise nach Mainz eine Herzattacke erlitten hatte und plötzlich gestorben war. Der Verband versprach sich damals von der »Kritischen Theorie« eine Aufhellung der Situation, in der sich das Gymnasium mit seiner bürgerlichen Bildungsidee befand, von der Jürgen Habermas, ein jüngerer Vertreter der Frankfurter Schule, einmal gesagt hatte, dass sie die ideologiefreieste gewesen sei, an der je ein Bildungswesen sich orientiert habe.
Der Montag war bei den ersten Versammlungen der Fortsetzung der Delegiertenversammlung und der Fortbildung gewidmet. So sprachen z.B. 1955 in Bingen Herr OStD Silbernagel (Neustadt) über die Gemeinschaftskunde als Unterrichtsprinzip (alle Referendare mussten später während ihrer Ausbildung eine Lehrprobe im Fach Gemeinschaftskunde halten), Herr MinR Dr. Eiserlo über das Problem der Überbürdung und OStR Dr. Werner Müller aus Trier über die ersten Erfahrungen mit der neuen Oberprimaform und der Reifeprüfungsordnung.
Auch hielten in den ersten Jahren die Fachverbände innerhalb der Hauptversammlung ihre Fachsitzungen ab.
Über den Verlauf der Hauptversammlung 1952 in Mainz berichtete z.B. die Allgemeine Zeitung Mainz am 30. Mai wie folgt:

Wege zur humanen Schulbildung

Der Philologen-Verband Rheinland-Pfalz tagte in Mainz

Im Rahmen seiner dritten Hauptversammlung gab der Philologenverband (Bund der Lehrkräfte der höheren Schulen von Rheinland-Pfalz) am Kurfürstlichen Schloß einen Festakt, um die breite Oeffentlichkeit teilhaben zu lassen an den aktuellen Fragen der Erziehung in den höheren Schulen. Vorsitzender Dr. von Jungenfeld wies auf die drohenden Schädigungen hin, die durch die sich mehrenden Absichten einer strukturellen Reform des höheren Schulwesens erwachsen würden – Reformwünsche, die auf ebensolch unsicheren Theorien beruhen, die die im Jahre 1947 angestrebte unselige Kontrollratsdirektive gekennzeichnet hatten. Der Vorsitzende des Deutschen Philologen-Verbandes, Oberstudiendirektor a.D. Monjé verbreitete sich über Erscheinungen, die einen Zerfall der christlich-abendländischen Kultur begünstigen.

Die auf die christlich-abendländische Geistesarbeit ausgerichtete Erziehung eines sich auf neun Jahre erstreckenden Unterrichtes der höheren Schule gelte es in diesen Tagen zu erhalten, um dadurch auch dem östlichen Teil des deutschen Volkes den besten Dienst erweisen zu können.
Als Beauftragter des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums sprach Ministerialdirektor Dr. Becker. Rheinland-Pfalz werde unter allen Umständen an der vierjährigen Grundschulzeit festhalten und mit Nachdruck eine harmonische Planwirtschaft des Schulwesens zu erstreben bemüht sein. Dr. Becker gab die derzeit erschreckend hohe Schülerzahl von vierzigtausend an den höheren Schulen von Rheinland-Pfalz zu bedenken und ermahnte die Lehrer, den Abiturienten von dem Studium der Philologie dringend abzuraten.
In einem umfassenden Festvortrag legte Universitätsprofessor Dr. Bollnow die Funktion der höheren Schulen innerhalb des gesellschaftlichen Lebens dar, wonach der Lehrer heute nicht mehr ausschließlich der Vermittler im Sinne einer wissenschaftlichen Erziehung, sondern Aufgaben zu erfüllen gezwungen sei, die früher von der Familie getragen wurden. Angesichts dieser völligen Verschiebung des Erziehungswesens, in welcher der Schule jetzt mehr die Rolle der Gesamterziehung zugefallen sei, bedürfe es sowohl der gründlichen pädagogischen wie auch psychologischen Vorbildung beim Lehrernachwuchs. Der Lehrer müsse zuerst einmal den »Geist der Erziehung« erfaßt haben, sich zunächst nur als Lehrer fühlen, um von dort her aufbauend sich seine Tätigkeit als Philologe zu erarbeiten. Das gegenwärtige Phänomen der Ueberbelastung, sowohl beim Lehrer als auch beim Schüler, stelle die ganze Tragik des heutigen Lehrers dar. Professor Bollnow gab die Möglichkeit zu bedenken, die in einer starken Beschränkung der Fächerzahl in der Oberstufe zu sehen sei. Dies sei aber nicht im Sinne der Erziehung zu einem Spezialistentum aufzufassen, sondern müsse mit den Grundsätzen einer humanen Bildung in Einklang gebracht werden, um letztlich im großen Geiste der Aufklärung die Verbindung zwischen den Geistes- und Natur-Wissenschaften wiederherzustellen.
Die Tagung, der auch der Mainzer Oberbürgermeister durch Bürgermeister Dr. Schwahn seine Grüße entboten hatte, wurde durch den Chor und das Orchester des Schloßgymnasiums mit klassischen Musikstücken von Haydn und Buxtehude umrahmt.

R.B.

Anmerkung des Verfassers:
Die Bewertung der Schülerzahlen an den höheren Schulen durch Herrn Ministerialdirektor Becker verwundert heute, zumal er der Vertreter des Ministers war und intern »der rote Becker« genannt wurde. Nach seiner Pensionierung nahm er seine Honorarprofessur im Fachbereich Latein an der Universität Mainz wahr. Wegen seiner »Güte und Milde« wurde er dort von seinen Studenten »Papa Becker« genannt und war bei der Abnahme von »Fleißprüfungen« sehr beliebt!

Da laut Satzung die öffentlichen Versammlungen auch zur Orientierung der Öffentlichkeit dienen sollten, war der Vorstand bestrebt, falls die Verbandskasse dies erlaubte, möglichst in allen Bezirken des Landes einmal zu tagen.

Die Haupt-/Vertreterversammlungen des PhV:

1.	1949 - 20.10.	Mainz
	1950 Bezirksversammlung	
2.	1951 - 20./21.05.	Mainz
3.	1952 - 25./26.05.	Mainz
4.	1953 - 30./31.05.	Neustadt
5.	1954 - 14.-16.05.	Koblenz
6.	1955 - 23.-25.04.	Bingen
7.	1956 - 13.-15.05.	Trier
8.	1957 - 18.-20.05.	Kaiserslautern
9.	1958 - 10.-12.05.	Bad Kreuznach
10.	1959 - 27.-29.06.	Mainz
11.	1960 - 27.-29.06.	Mainz
12.	1961 - 23.-25.09.	Landau
13.	1962 - 02.10.	Mainz
14.	1963 - 12.-14.10	Koblenz
15.	1964 - 05.12.	Mainz
16.	1965 - 02.-04.10	Pirmasens
17.	1966 - 03.12.	Mainz
18.	1967 - 06.12	Mainz
19.	1968 - 02.10.	Mainz
20.	1969 - 08.10.	Mainz
21.	1971 - 25.-27.10	Neustadt
22.	1973 - 25.-27.10.	Trier
23.	1975 - 29.-30.11.	Mainz
24.	1977 - 03.-04.11.	Mainz
25.	1979 - 29.11.-01.12.	Mainz
26.	1981 - 29.-31.10.	Kaiserslautern
27.	1983 - 10.-12.11.	Bad Neuenahr
28.	1985 - 25.-27.11.	Deidesheim
29.	1987 - 26.-28.11.	Bad Ems
30.	1989 - 09.-11.11.	Trier
31.	1991 - 14.-16.11.	Mainz
32.	1993 - 04.-06.11.	Kaiserslautern
33.	1995 - 02.-04.11.	Bad Neuenahr
34.	1997 - 20.-22.11.	Bad Dürkheim
35.	1999 - 04.-06.11.	Bad Kreuznach

Nach der ersten Satzung von 1949 dient die Haupt-/Vertreterversammlung besonders auch der Erörterung fachwissenschaftlicher, pädagogischer und beruflicher Fragen. Auch wenn sie seit der Satzungsänderung 1951 unbestimmt die oberste Instanz (1955 das oberste Organ im Sinne des § 32 BGB) ist, bestimmt die Satzungsänderung von 1968 konkreter, dass die Vertreterversammlung die Grundzüge der Verbandspolitik festlegt. Deshalb war der Vorstand immer bestrebt, für die anstehenden Vorstandswahlen und die Beratung der Anträge genügend Zeit vorzusehen. Es stellte sich allerdings schnell heraus, dass die Zeit für die Beratung meistens zu knapp bemessen war, besonders dann, wenn diffizile Grundsatzfragen entschieden werden mussten oder für einzelne Vorstandsämter (lediglich einmal, 1967, musste sich allerdings der 1. Vorsitzende mit einem Gegenkandidaten zur Wahl stellen) mehrere Mitglieder kandidierten. Um Zeit zu gewinnen, ließ man seit der Vertreterversammlung 1969 nur noch die Anträge zu, die die Grundzüge der Verbandspolitik betrafen. Es hatte sich nämlich 1967 herausgestellt, dass der Vorschlag des Vorstandes, über die Anträge vor der VV in den Schulgruppen abstimmen zu lassen, zu keiner Zeitersparnis führte. Hitzige Debatten bei der VV 1971 in Neustadt machten außerdem deutlich, dass bisher noch keine Geschäfts- und Wahlordnung für die Vertreterversammlung vorlag. Beide wurden daher 1973 auf der folgenden Vertreterversammlung in Trier beschlossen.

Arbeitsgemeinschaften, Ausschüsse, Beisitzer und Referenten, Sachbearbeiter

Arbeitsgemeinschaften

Obwohl die Satzung von 1949 weder die Bildung von Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften sanktioniert und eventuelle Aufgaben definiert, existierten am 1. Januar 1952 ein Pädagogischer Ausschuss und Ausschüsse für Aus- und Fortbildung, für Schulordnung, für private und städtische Schulen, für Beamtenrecht und Besoldung und für Mädchenschulen. Ob auch Mitglieder in diesen Ausschüssen mitarbeiteten oder die Vorsitzenden dieser Ausschüsse nur für diese Fragen zuständig waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls sind alle Leiter dieser Ausschüsse Mitglieder des Vorstands. Daneben werden noch zwei Arbeitsgemeinschaften genannt, eine für Heimatvertriebene, die von dem OStD z. Wv. Herrn Zillmann aus Worms geleitet wurde, und eine für Anwärter.
Nach der Ausgabe Schuljahr 1953/54 des Philologen-Jahrbuches bestehen die Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften unverändert fort, allerdings wurde die Arbeitsgemeinschaft für Heimatvertriebene umbenannt in Arbeitsgemeinschaft für Kriegsverdrängte. Diese Arbeitsgemeinschaft existierte laut Jahrbuch offenbar bis 1959. Man kann davon ausgehen, dass sich bis zu diesem Zeitpunkt die Situation der Betroffenen geklärt hatte.
Wenn auch schon am 1. Januar 1952 eine **Arbeitsgemeinschaft für Anwärter** bestand, scheint die Arbeitsgemeinschaft erst während der Hauptversammlung am 26. Mai 1952 in Mainz offiziell gegründet worden zu sein. In unseren Unterlagen befindet sich nämlich ein Schreiben des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Studienassessoren aller Bundesländer, in dem er sein Kommen zu einem Treffen der Assessoren unserem Landesvorsitzenden zu- ▶

50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz

sagt und ankündigt, gerne Taufpate der neuen AG zu sein.
Bereits durch die Satzungsänderung von 1955 erhielt der Leiter der Assessoren-Arbeitsgemeinschaft Sitz und Stimme im Geschäftsführenden Vorstand, darüber hinaus sind seit dieser Zeit die Bezirksvertreter stimmberechtigte Mitglieder der Vertreterversammlung. Dieser Beschluss der VV sollte das gute Verhältnis zwischen den älteren und jüngeren Kollegen beweisen, von einem »Generationsproblem« innerhalb eines Verbandes könne also keine Rede sein. Durch diese Neuerung werde auch gewährleistet, dass die jüngeren aktiven Kollegen früh in die Verbandsarbeit hineinwachsen und so der Verband sich beizeiten seinen geeigneten Nachwuchs sichern könne. Auch sollte ein engerer Kontakt zwischen Verband und Bezirksseminaren (heutige Studienseminare) hergestellt werden.
Nach einem Bericht des damaligen Leiters Dr. Licht stieg 1953 die Zahl der Assessoren schon auf 300 und die der Referendare auf 117. Man liest allerdings heute mit Erstaunen, dass sich auf der Hauptversammlung 1954 eine längere Diskussion über die Unterscheidung zwischen Studienassessor und Assessor des Lehramtes entspann. Man empfand letztere Bezeichnung als herabwürdigend. Die jungen Kolleginnen und Kollegen wollten sich nicht damit abfinden, dass sie erst mit Übernahme als Beamter auf Widerruf die Amtsbezeichnung Studienassessor führen durften.
Diese Arbeitsgemeinschaft, die sich in den nächsten Jahrzehnten mehrfach umbenannte und 1976 eine eigene Geschäftsordnung verabschiedete, um sich auf neue Gegebenheiten einzustellen, heißt seit der Vertreterversammlung 1990 »Arbeitsgemeinschaft der Jungen Philologen«. Neu ist auch, dass seit der VV 1997 von den fünf Beisitzern/Beisitzerinnen des Geschäftsführenden Vorstands ein/e Beisitzer/in die Interessen der Jungen Philologen vertritt und deshalb von der Vertreterversammlung gewählt werden muss.
1977 hat die Arbeitsgemeinschaft unter der Redaktionsleitung ihres Vorsitzenden Michael Herty einen »Ratgeber für Studienreferendare« herausgegeben, der in den Studienseminaren sehr großen Anklang fand. 1998 ist dieser Ratgeber in vierter und veränderter Auflage, erschienen und heißt jetzt *»Ratgeber für das Referendariat – Handreichungen und Inforamtionen für die Gymnasiallehrerbildung«*. Für die Redaktionsleitung verantwortlich zeigte sich ebenfalls die jetzige Vorsitzende der AG Kornelia Lenzen.

Studienassessoren und Studienreferendare Mitte der 80er Jahre in der damaligen Geschäftsstelle des Philologenverbandes

Die Vorsitzenden der Assessoren und Referendare/ der Jungen Philologen
(Quelle: Philologen-Jahrbuch)

1951/52	Jean Nels
1953/54	Dr. Hans Licht
1955-1961	Valentin Probst
1962/63	Helmut Schäfer (späterer Staatsminister!)
1965/66	Norbert Trutzel
1967/68	Walter Wessa
1969-1972	Franz Niehl
1972/73	Dr. Volker Hönig
1974/75	Hermann Schumacher
1976/77	Michael Herty
1978/79	Dr. Wolf Böhm (kommissarisch)
1980/81	MalteBlümke
1981-1984	Rainer Gierlich
1984-1993	Bernd Nies
1993-1997	Joachim Leyendecker
seit 1997	Kornelia Lenzen

1965 schlug der Vorstand der Vertreterversammlung in Pirmasens vor, dem Wunsche der **Arbeitsgemeinschaft der Fachleiter** an den Bezirksseminaren des Landes und der **Arbeitsgemeinschaft der Direktoren** der höheren Schulen des Landes nach Eingliederung in den Philologenverband zu entsprechen. Zur Begründung wird angeführt, dass die bildungspolitische Situation eine Zusammenfassung aller Kräfte erfordere. Eine freie Meinungsäußerung und eine entscheidende Mitwirkung in allen schulpolitischen Angelegenheiten sei nur im Rahmen unseres Fachverbandes möglich. Dem Wunsche des Vorstandes wurde von der VV entsprochen. Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften erhielten nach der Satzung von 1963 Sitz und Stimme im Geschäftsführenden Vorstand, nach Änderung der Satzung mit Neuordnung der Verbandsorgane im Jahre 1968 Sitz und Stimme im Hauptvorstand und der Vertreterversammlung.
Die Arbeitsgemeinschaft der Fachleiter im Philologenverband existiert noch heute, die Arbeitsgemeinschaft der Direktoren dagegen löste sich Mitte der 80er Jahre wieder vom Verband, weil sie glaubte, auch ohne Rückendeckung des Verbandes sich politisch frei äußern zu können (wenn auch Presseerklärungen nur noch auf Bundesebene erfolgen), ohne eventuelle Disziplinarmaßnahmen seitens des Dienstherrn befürchten zu müssen. Dennoch bestehen im Interesse der gemeinsamen Sache weiterhin gute Kontakte zur Direktorenvereinigung.

Ausschüsse

Ständige Ausschüsse und Sachbearbeiter sollen dem Geschäftsführenden und Hauptvorstand sowohl bei der Meinungsfindung als auch bei der Willensbildung beratend zuarbeiten. Allerdings können die Ausschüsse wie auch die Arbeitsgemeinschaften jederzeit Anträge an die VV stellen.

Zu den Ausschüssen, die bereits am 1. Januar 1952 bestehen, gehörte auch der **Ausschuss für Mädchenschulen**, geleitet von Frau StRn Carola Funk in Speyer, die zugleich Beisitzerin im Vorstand war. Obwohl Frau Funk in einem Schreiben vom 25. Januar 1952 an den damaligen Vorsitzenden mitteilt, dass der Ausschuss seine Arbeit aufnehmen werde, sind uns eventuelle Mitglieder dieses Ausschusses nicht bekannt. Für die Jahre 1955 bis 1959 führt das Philologen-Jahrbuch nur Arbeitsgemeinschaften, aber keine Ausschüsse auf. Frau Funk gehörte allerdings in dieser Zeit als Beisitzerin weiterhin dem Vorstand an und wurde 1960/61 von Frau StRn Margarete Schneider, Hildaschule in Koblenz, abgelöst. 1962/63 folgte in gleicher Position Frau StRn. Dr. Hilde Fritsch, Zweibrücken, 1965 Frau Helma Finkler, die abgesehen von den Jahren 1969 und 1970, in denen Frau StRn Gudrun Lipps als Sachbearbeiterin für Frauenfragen fungierte, bis Ende 1973 zuständig war. Allerdings gehörten die Frauenvertreterinnen durch die Satzungsänderung von 1968 nicht mehr dem Geschäftsführenden, sondern als Sachbearbeiterinnen nur noch dem Hauptvorstand an. Auch änderten sich im Laufe der Zeit die Aufgabengebiete.

In den Anfangsjahren unseres Verbandes stand die Förderung der Mädchen an den Gymnasien im Vordergrund. Dies ist insofern verständlich, wenn man bedenkt, dass im Jahre 1896 erstmals sechs Frauen in Berlin die Reifeprüfung erwarben, nachdem sie in Gymnasialkursen der Lehrerin Helene Lange hierauf vorbereitet worden waren. Erst 1908 waren in Preußen die Mädchenschulen in den Bereich des Höheren Schulwesens aufgenommen worden. Noch in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts lag der Mädchenanteil beim Abitur beträchtlich unter dem der Abiturienten. 1998 dagegen waren von 8699 Abiturienten in Rheinland-Pfalz 3976 (45,7 Prozent) männlich, 4723 (54,3 Prozent) weiblich. Mädchen sind offenbar erfolgreich(er) und benötigen daher keine besondere Förderung mehr.

Dass sich unmerklich die Aufgaben der Frauenvertreterinnen änderten, sieht man auch an dem Bericht, den Frau Finkler 1966 der Vertreterversammlung abstattete, in dem sie über die Arbeit des Mädchenbildungsausschusses im Deutschen Philologenverband ausführte: *»Man befasste sich mit den Fragen der Sexualerziehung in der Höheren Schule, der Arbeitsweise der Oberstufe, der Neufassung der Satzung zur Mädchenbildung und mit besonderen Problemen der Philologinnen.«* Auf Frau Finkler folgte als Sachbearbeiterin Frau Roswitha Lang-Reichardt bis 1977. Danach wurde bis 1989 keine Sachbearbeiterin für Frauenfragen mehr gewählt, da die VV 1977 mit nur einer Enthaltung dem Antrag des Geschäftsführenden Vorstands, der von Kolleginnen initiiert worden war, zustimmte. Danach sollten Berufsprobleme gemeinsam aufgegriffen und auch gemeinsam einer Lösung zugeführt werden. Es erschien nicht mehr zeitgemäß, einen Ausschuss für Philologinnen zu unterhalten, da spezielle Berufsprobleme der Frauen außerhalb der Berufsverbände Unterstützung fänden. Dieser Beschluss fiel umso leichter, als Frau Käthe Ostermann von 1974 bis 1979 als Beisitzerin für Bildung dem Geschäftsführenden Vorstand angehörte. Erst auf der VV 1989 in Trier sah man wieder die Notwendigkeit, eine Sachbearbeiterin für Frauenfragen zu wählen. Man konstatierte, dass sich bei Einstellungen am Gymnasium der Frauenanteil stetig erhöhte und die Kolleginnen aufgrund ihrer besonderen Familiensituation häufig teilzeitbeschäftigt waren oder die Möglichkeit eines Erziehungsurlaubs bzw. einer Beurlaubung wahrnehmen mussten. Daher sei eine besondere Vertretung ihrer Interessen angebracht.

Seit 1989 vertritt Frau Ursula Päßler engagiert die Interessen unserer Kolleginnen, zunächst als Sachbearbeiterin und Mitglied des Hauptvorstandes, seit 1991 als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands.

Auch der **Bildungsausschuss** bestand schon am 1. Januar 1952, auch wenn er zunächst in den Jahren 1951 bis 1954 als **Pädagogischer Ausschuss** firmierte. In diesen Jahren ist StR Karl Koenig, Idar-Oberstein, der bis 1958 als Beisitzer dem Vorstand angehörte, als Mitglied des Vorstandes Leiter des Ausschusses.

Wie bei den übrigen Ausschüssen zu dieser Zeit ist uns nicht bekannt, ob und welche Mitglieder in den ersten Jahren dem Ausschuss angehörten. Es ist zu vermuten, dass Herr Kollege Koenig le-

Ursula Päßler
1. Frauenvertreterin des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz

diglich für Bildungsfragen im Landesverband zuständig war und in dieser Funktion als Mitglied dem Bildungsausschuss des Deutschen Philologenverbandes angehörte. Wie aus einem Einladungsschreiben vom 1. September 1963 zu einer Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands mit den Bezirksvertretern hervorgeht, berichtete der Nachfolger Dr. Jakob Franz, Mainz, in dieser Sitzung über die Arbeit des Bildungsausschusses, der sich am 12. November 1960 konstituierte. Die Ausgabe 1965/66 des Philologen-Jahrbuches führt denn auch erstmals neben dem Leiter OStD Dr. Jakob Franz folgende renommierte Mitglieder auf: RegDir Eugen Ochsenreither, OStD Wilhelm Gulde, Koblenz, OStD Dr. Werner Langer, Direktorensprecher aus Andernach, StR Günther Roland, OStR Adolf Fischer, Kaiserslautern, OStR Karl Mohr (damals Vorsitzender des Verbandes) und StR Eberhard Thiel, Boppard.

Auch wenn die Ausschüsse nur dem Vorstand zuarbeiten sollten, hatte der Bildungsausschuss besonders Ende der 60er und in den 70er Jahren, den bildungspolitisch stürmischen Zeiten, eine wichtige Funktion. Die Gründung von Gesamtschulen und die Gleichwertigkeit der Fächer in der Mainzer Studienstufe z.B. wurden in unseren Verbandsgremien sehr unterschiedlich bewertet und heiß diskutiert. Jedenfalls besteht dieser wichtige Ausschuss spätestens seit 1958 bis heute und wird auch in Zukunft dem Vorstand beratend zur Seite stehen. ▶

Die Vorsitzenden des Pädagogischen Ausschusses/ Bildungsausschusses

1951-1958	**Karl Koenig**
1958-1968	**Dr. Jakob Franz**
1969-1973	**Dr. Hans Simonis**
1974-1979	**Käthe Ostermann**
1980-1983	**Horst Schädlich**
1984-1985	**Max Laveuve**
1985-1987	**Dr. Kurt Weitzel**
1987-1995	**Werner Keym**
ab 1995	**Malte Blümke**

Öffentlichkeitsausschuss/ Werbeausschuss

Am Mittwoch, dem 31. Mai 1978, lud der damalige Öffentlichkeitsreferent Dr. Hans Bauer die Pressereferentinnen und -referenten der einzelnen Bezirke zu einer Besprechung nach Mainz ein. Anlass war der Antrag des Bezirks Trier an den Hauptvorstand, die *»Mitteilungen«* sollten künftig häufiger erscheinen, aktuellere Beiträge erhalten und von einem Redaktionsteam geleitet werden. Für diese Aufgabe kamen naturgemäß die Pressereferenten der Bezirke infrage. Sie sollten regelmäßig Beiträge aus den Bezirken (z.B. Berichte über Bezirksversammlungen, Hinweise auf bildungspolitische Diskussionen in den Zeitungen u.ä.) beisteuern und für Veröffentlichungen in bestimmten Ressorts zuständig sein. Es wurde vorgeschlagen, dass die Pressereferenten der Bezirke zusammen mit Herrn Dr. Hans Bauer als Redaktionsteam ihre Arbeit mit dem übernächsten Heft aufnehmen sollten. Dieser **Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit** arbeitete bis November 1980. Es zeigte sich, dass die Herausgabe der *»Mitteilungen«*, ab 1979 *»Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz«*, im Redaktionsteam wegen der schwierigen Terminkoordinierung kaum zu bewältigen war. Mit veränderter Aufgabenstellung firmierte er nun als **Werbeausschuss**. Tagte vorher der Öffentlichkeitsausschuss unter Leitung von Dr. Bauer, so trat nun Herr Egon Born als Vorsitzender des Bezirks Koblenz-Süd die Nachfolge an. Man beschloss, Werbematerial zu erarbeiten und die Arbeit des Verbandes sowohl in den Schulen als auch in der Presse stärker herauszustellen. Unsere Schulvertreter sollten mit Backgroundwissen versorgt werden, damit sie mehr und früher wüssten, als es in den »Mitteilungen« zu lesen war und nicht erst durch die »Mitteilungen«. Dieser Ausschuss hat seit seinem Bestehen wertvolle Dienste geleistet und war mit seinen Anregungen und Ideen bis heute eine wertvolle Stütze des Vorstandes. Herr Kollege Egon Born, auf dessen Anregung dieser Ausschuss gegründet wurde, leitete ihn bis zu seiner Pensionierung im Sommer 1992. Sein Nachfolger ist Kollege Josef Zeimentz, der auch als zuständiger Redakteur unsere Zeitschrift *»Blick ins Gymnasium«* betreut und Öffentlichkeitsreferent des Geschäftsführenden Vorstands ist.

50 Jahre PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Egon Born (l.), 1. Vorsitzender des Werbeausschusses

Wichtig für die Arbeit und Bedeutung des Verbandes war seit Gründung der **Beisitzer für Beamtenrecht und Besoldung.** Der immerwährende Kampf um leistungsgerechte Besoldung, die Durchsetzung von Beförderungsstellen auch für Philologen, die Umsetzung der Besoldungsänderungsgesetze des Bundes auf Landesebene und die Ausarbeitung von Stellungnahmen für den Vorstand, die Beantwortung von Rechtsanfragen der Mitglieder erforderten Sachverstand und den ganzen Einsatz der jeweiligen Referenten/Beisitzer. Einen kleinen Einblick in die Arbeit soll ein kurzer Ausschnitt aus dem Tätigkeitsbericht 1981-1983 des Kollegen Walter Gauweiler geben:

»Der Referent für Beamtenrecht und Besoldung hat im Berichtszeitraum in etwa 1400 Fällen Kollegen schriftlich beraten, in zahlreichen weiteren Fällen hat er mündliche und telefonische Beratungen durchgeführt. In 18 Fällen hat er Rechtshilfe durch unseren Vertragsrechtsanwalt vermittelt, in einem Fall wurden alle Kosten zur Führung eines Prozesses übernommen, in 12 Fällen wurde der Referent für Kollegen auf Finanzämtern erfolgreich vorstellig. Auf mehreren Flugblättern und in Berichten in den ‚Informationen' und in den ‚Mitteilungen' wurden allgemein interessierende Rechtsfragen behandelt.«

Daneben kam die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien auf Landes- und Bundesebene.

Kein Wunder, dass die jeweiligen Referenten und Beisitzer sich durch ihre Arbeit die Anerkennung des Vorstandes und der Mitglieder erwarben und dass durch ihre Sachkenntnis sich manche Kosten einsparen ließen. Von den Anfangsjahren einmal abgesehen, wo das Referat aufgeteilt war in *»Rechtsberatung, Privatschulen«* (OStD Seyfried, Trier) und *»Besoldungsfragen, kommunale Schulen«* (Kollege Minning, Boppard) und *»Schulordnung«* (Kollege Reinmann, Ludwigshafen), waren zuständige Beisitzer Fritz Merkel (1959-1973), Walter Gauweiler (1974-1983), Rudolf

Schu (1984-1994) und Rainer Gierlich (1994 bis heute).
Der Dringlichkeitsantrag des damaligen Vorsitzenden des Bezirks Koblenz an die Vertreterversammlung 1971 in Neustadt, sie möge die Gründung eines schulpolitischen Ausschusses beschließen, weil ***schulpolitische Fragen*** neben bildungspolitischen und besoldungs- bzw. beamtenrechtlichen Fragen eigenes Gewicht hätten, wurde nach kontroversen Debatten mit Mehrheit abgelehnt. Die Notwendigkeit eines solchen Beschlusses wurde besonders von den Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands bestritten. Man befürchtete u. a., dass bei Existenz eines solchen Ausschusses der Handlungsspielraum des GV eingeschränkt werden könne.

Die Sachbearbeiter

Bis zur Satzungsänderung von 1968, der eine Straffung des Vorstandes zugrunde lag, waren der/die Schriftführer und der Kassenverwalter Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands. Nach 1971 gehörten sie nur noch dem Hauptvorstand an, wobei es aber bis heute üblich ist, den Kassenverwalter weiterhin als Gast zu den Sitzungen des GV einzuladen.
1972 gab es Sachbearbeiter für Mitgliederbewegung und Zeitschriften (von 1964-1974 Hubert Schmitz, von 1974-1984 Lutz Kickelhahn), Statistik, Fragen der Philologinnen, Jahrbuch, Schriftführung, Kassenverwaltung, eine Pressereferentin (bis 1976) und einen Chefredakteur des Fortbildungswerks. 1982/83 kam ein Sachbearbeiter (Kollege Walter Diesler bis 1991/92) für den zu diesem Schuljahr erstmals herausgegebenen Terminbegleiter und Terminplaner (ab 1983/84 auch für den Taschenkalender) hinzu. Seit 1992 betreut Kollege Karl Ludwig Bernhard den letztgenannten Sachbereich und das Philologen-Jahrbuch, wofür ihm der Verband zu besonderem Dank verpflichtet ist.

1. ***Ausgabe 1949/50 bis 5. Ausgabe 1958/59***
Oswald Michaelis, Vallendar

6. ***Ausgabe 1960/62 und 7. Ausgabe 1962/63***
Ludwig Bach, Koblenz
Hermann Josef Dany, Mayen
Hans Minning, Boppard

8. ***Ausgabe 1965/66 und 9. Ausgabe 1967/68***
Hermann Josef Dany, Mayen

10. ***Ausgabe 1969/70 und 11. Ausgabe 1971/72***
Winfried Hosseus, Oppenheim
Statistik: Hermann Josef Dany

12. ***Ausgabe 1972/73 bis 18. Ausgabe 1984/85***
Horst Schlicht, Oppenheim

19. ***Ausgabe 1986/87 bis 21. Ausgabe 1991/92***
Walter Diesler, Bad Ems

ab 22. ***Ausgabe 1993/94***
Karl Ludwig Bernhard, Oberndorf

Obwohl bei der Gründung des Verbands 1949 Koblenz noch Sitz der Landesregierung war, hatte der Verband, auch mit Rücksicht auf den Gründungsvorsitzenden, seine Geschäftsstelle immer in Mainz, auch wenn sich viermal ein Umzug ergab. Nachstehend sollten auch die einzelnen Geschäftsführer erwähnt werden.

Geschäftsführer des Verbandes

1961-1972	**Dr. Karl Pellens**
1972-1980	**Heinz Petermann**
1980-1986	**Josef Zeimentz**
1986-1990	**Alfred Jung**
1990-1991	**Dr. Andreas Lischke**
seit 1991	**Heidi Schramm**

Die Arbeit in unserer Verbandsgeschäftsstelle war, was die Hektik betrifft, immer vergleichbar mit der Arbeit in einem Schulsekretariat. Hier wie dort hängt die Effektivität von dem Einsatz, der selbständigen Arbeitsweise und dem Verantwortungsbewusstsein der Mitarbeiter ab. Der Verband hat allen Geschäftsführern für die reibungslose Erledigung aller Arbeiten in der Geschäftsstelle sehr zu danken!

»Mitteilungen« – »Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz«

Für die Existenz eines Verbandes ist es wichtig, dass nicht nur die »Funktionäre« über die Arbeit des Vorstandes Informationen erhalten, sondern auch die einzelnen Mitglieder sich selbst informieren können. Das setzt allerdings entsprechende finanzielle Mittel des Verbandes voraus. Wie der Vorsitzende Dr. von Jungenfeld in Heft 1/1954 unserer *»Mitteilungen«* schreibt, wurde 1953, also vier Jahre nach der Gründung, zum ersten Mal ein Rundschreiben an alle Mitglieder ausgegeben. Er hoffte, dass dieses Mitteilungsblatt vorläufig im gleichen Rahmen gehalten werden könne wie die alten Rundschreiben und erwartete, dass es sich mit der Zeit zu einem regelmäßig erscheinenden Blatt entwickele. Er rief alle Mitglieder zur Mitarbeit auf.
In der ersten Ausgabe bat der Vorsitzende alle Vertrauensleute, den Verband bei der Werbung neuer Mitglieder zu unterstützen. Danach teilte er mit, dass die angekündigte Eingabe zum Haushaltsvoranschlag des Landes für 1954 fertiggestellt sei und dem Ministerium, den Mitgliedern des Kabinetts, dem Kulturausschuss des Landtags, ebenso dem Finanzausschuss und den Vorsitzenden der Parteien übermittelt worden sei. Eine Abschrift erhalte jede Schule. Es folgten ▶

Foto: Zeimentz

Die Damen der Geschäftsstelle bei der Vertreterversammlung 1999 in Bad Kreuznach, unterstützt vom Ehrenvorsitzenden Hubert Schmitz
v.l.n.r.: Hubert Schmitz, Heidi Schramm, Ilona Rubis, Monika Rüffer

50 Jahre Philologenverband Rheinland-Pfalz

weitere Informationen über die Arbeit des Vorstands, über Initiativen und Vorsprachen im Ministerium, über eine Vorstandssitzung des Landesverbandes und des Deutschen Philologenverbandes und eine Kundgebung der Gemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, bei der der Bundespräsident, der Ministerpräsident, der Kultusminister und der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Herr Robert Monjé, sprachen. Außerdem gab er Hinweise zur neuen Ausgabe des Philologen-Jahrbuches. Damit war etwa der Rahmen abgesteckt.
Immerhin erschienen die »*Mitteilungen*« in den ersten Jahren fünf- bis sechsmal, wenn auch im unansehnlichen DIN A 5-Format. Betreute anfangs der Vorsitzende noch persönlich die ersten Ausgaben, übernahm Anfang 1955 bis zum Juli 1966 der zweite Schriftführer und spätere Vorsitzende des Bildungsausschusses Dr. Jakob Franz die Schriftleitung. Ihm folgte ab Oktober 1966 bis zur Sonderausgabe Dezember 1967 unser Kollege Klaus Bischofsberger, der vorher auch schon Pressesprecher war. Ab Heft 3 / Juli 1968 konnte Kollege Dr. Hans Bauer als Schriftführer und Pressereferent gewonnen werden. Damals konnte niemand ahnen, dass Herr Dr. Bauer bis Heft 1/2/3-Oktober 1995, also fast 28 Jahre(!), die Ausgaben betreuen werde. In seinem kurzen Tätigkeitsbericht Oktober 1968 teilte er mit, dass er bereits eine Vorstellung davon gewonnen habe, was auf dem Felde der Informations- und der Öffentlichkeitsarbeit zu tun sei:

»Zwei Hauptaufgaben beschäftigen den Verband: die Vertretung unserer Interessen und die regulierende Beeinflussung der Bildungspolitik. Beide Aufgaben hängen natürlich eng zusammen. Die Ansprüche, die wir anzumelden haben, können sich nur herleiten aus der Funktion, die der wissenschaftlich ausgebildete Lehrer für unsere Gesellschaft hat. Über diese Funktion aber wird in der Bildungspolitik entschieden. Obwohl demnach Interessenvertretung und Einflußnahme auf die Bildungspolitik nur zwei Seiten derselben Sache sind, empfiehlt es sich, sie zunächst einmal auseinanderzuhalten. In beiden Bereichen scheint mir unsere Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ein paar Verbesserungen nötig zu haben.
*Damit der Verband die Interessen seiner Mitglieder wirksam vertreten kann ,muß er geschlossen auftreten. Das ist nur möglich, wenn jedes Mitglied jederzeit weiß, was gespielt wird. Mit Recht wurde deshalb auf der letzten Hauptversammlung eine raschere und reichere Information der Mitglieder über Situation und Maßnahmen des Verbandes gefordert. Ich denke, daß dieser Wunsch durch die Herausgabe unserer Informationsblätter erfüllt worden ist. Die »**Informationen**« haben sich als ein brauchbares Instrument erwiesen. Sie lassen sich schnell vervielfältigen und verschicken.«*

Dr. Hans Bauer
geb. 9. März 1930,
† 20. Januar 1996,
Öffentlichkeitsreferent des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz von 1968 - 1995,
Ehrenmitglied

Es stellte sich rasch heraus, dass mit Herrn Dr. Bauer ein Kollege die Öffentlichkeitsarbeit übernommen hatte, der – und dabei spielte wohl sein umfassendes Studium eine wichtige Rolle – gewohnt war, durch eine gründliche Analyse der Probleme und Fragestellungen zu einer Lösung zu gelangen. Während seiner Schriftleitung war daher unsere Verbandszeitschrift »*Mitteilungen*« (ab 1979 »*Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz*«) thematisch angelegt und hat sich zu einem bildungspolitisch bedeutsamen Mitteilungsblatt entwickelt, das schon sehr bald nicht nur in unserem Landesverband, sondern über die Landesgrenzen hinaus geschätzt wurde.
Dr. Bauer bemühte sich, gerade auch in bildungspoltisch »stürmischen« Zeiten – damals und erst recht nach dem Regierungswechsel – Kurs zu halten, und war nie bereit, sich den neuen »Glaubensbotschaften« kritiklos zu beugen, sondern setzte den Kündern des vermeintlichen Fortschritts die pädagogische Erfahrung und seine klaren Grundüberzeugungen dagegen. Er war der sogenannte »Fels in der Brandung«.
Herrn Dr. Bauer als unserem »Vordenker« ist es daher wesentlich mitzuverdanken, dass die Bildungspolitik unseres Landesverbandes wie auch unseres Landes sich damals weitgehend an der Realität und nicht an Ideologien bzw. Utopien orientierte. Da der Landesverband Herrn Dr. Bauer Wesentliches zu verdanken hat, sei nachfolgend Herr Kurt Reumann von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auszugsweise aus seinem Nachruf zitiert:

> *»Schon 1973 hatte der methodisch bei Horkheimer und Adorno geschulte, aber inhaltlich konservativ auftrumpfende Philologe die Fachwelt mit seinem Buch »Das Ende des deutschen Gymnasiums« aufgeschreckt. Seine Warnungen vor den ideologisch verblasenen und inhaltlich nivellierenden Glaubensbotschaften der sich fortschrittlich aufspielenden Bildungspolitik hat er drei Jahrzehnte lang als Pressesprecher des rheinland-pfälzischen Philologenverbands intelligent variiert; die von ihm herausgegebenen Mitteilungen seines Verbands wurden über die Landesgrenzen hinaus zur Lieblingslektüre der Anhänger des Gymnasiums, weil sie mit ihren Themenschwerpunkten den Standort bestimmten und einen Überblick über die Entwicklung gaben. Das »Institut für Lehrerfort- und Weiterbildung« in Mainz schätzte sich glücklich, daß dieser breit gebildete und standfeste Lehrer von 1974 bis 1980 der Vorsitzende seines Programmbeirats war.«*

Als Nachfolger von Herrn Dr. Bauer betreut unser Öffentlichkeitsreferent und Mitglied des GV Herr Josef Zeimentz »*Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz*«.
Die thematische Ausrichtung unserer »Mitteilungen« hatte zwangsläufig zur Folge, dass die einzelnen Ausgaben, zumal bei starker beruflicher Beanspruchung des Schriftleiters, oft nur in größeren Zeitabständen erscheinen

konnten. Deshalb schlug der Werbeausschuss vor, mit einer weiteren Zeitschrift ***»Blick ins Gymnasium«*** die Mitglieder regelmäßig und schneller über aktuelle Themen zu informieren. Ebenso sollte den Lesern die Möglichkeit gegeben werden, über besondere Aktivitäten an den Schulen zu berichten oder einfach Anregungen an andere Schulen weiterzugeben. Mit der Verbesserung des Informationsflusses zwischen der Verbandsspitze und den Schulen sollte auch ein größeres »Wir-Gefühl« innerhalb des gesamten Verbandes erreicht werden. Seit der ersten Ausgabe im Februar 1986 – eine Probeausgabe lag bei der Vertreterversammlung im November 1985 in Deidesheim vor – ist der *»Blick ...«* bisher 123 mal erschienen. Redaktionsleiter seit Beginn ist Kollege Josef Zeimentz.

Der Stärkung der Präsenz des Verbandes in den Lehrerzimmern und bei den Kolleginnen und Kollegen dienen auch die **Gelben Briefe,** mit denen der Vorstand, erstmals nach der VV 1987, jeweils aktuelle Themen anspricht, um alle Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder wie Nichtmitglieder, noch schneller zu informieren. Das Echo auf diese Briefe war von Anfang an sehr positiv und hat zur Stärkung des Ansehens des Verbandes in den Schulen und in der Öffentlichkeit beigetragen. Sie sind mittlerweile ein Markenzeichen, um das uns die Konkurrenz beneidet.

Die didaktische Diskussion in den 60er Jahren und die Rahmenvereinbarungen für die Oberstufe hatten zwar viele Sicherheiten zerstört, aber weder von der Kulturpolitik noch von der vorgesetzten Behörde her war die Möglichkeit zu einer wirksamen Neuorientierung geboten worden. Deshalb begrüßte es der Vorstand, dass auf Anregung des Bildungsausschusses eine Redaktionsgruppe aus den Reihen der Fachleiter unserer Studienseminare sich bereit fand, beachtenswerte Assessorenarbeiten wie auch andere der Fortbildung dienende fachlichen Texte und Literaturangaben jedem Kollegen an die Hand zu geben. Im April 1970 erschien mit dem Titel **»Fortbildung«** das erste Heft. Bis zur Ausgabe Heft 1 – Oktober 1974 war Kollege Ottheinrich Düll für die Herausgabe verantwortlich.

Nach längerer Pause wurde die Reihe unter dem Titel **»Praxis Unterricht«** 1977 fortgesetzt. Die bis 1982 kursorisch erschienenen Hefte wurden vom Kollegen Dr Hubert Gerner betreut. Wie Kollege Dr. Gerner zum ersten Heft der neuen Reihe schrieb, sollte das neue Forum einen bescheidenen und seinen begrenzten Möglichkeiten entsprechenden Beitrag, besonders zu Diskussion um die innere Schulreform, leisten, was sie auch taten.

Die Arbeit in den Personalräten

Obwohl die Weimarer Reichsverfassung auch den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst bedeutsame Vertretungsrechte gegeben hatte, blieben die Beamten ohne eine gesetzliche Personalvertretungsregelung, weil sich der Reichstag während der parlamentarischen Behandlung der jeweiligen Regierungsentwürfe immer wieder auflöste.

Eine Änderung ergab sich erst, als das Personalvertretungsgesetz des Bundes vom 5. August 1955 auch Vorschriften über die Personalvertretung in den Ländern enthielt.

Am 25. Februar 1957 war dem Landtag von Rheinland-Pfalz von der Regierung der Entwurf eines Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) vorgelegt worden. Die anschließende Diskussion ging hauptsächlich um die Fragen, ob der Personalrat bei Maßnahmen der Obersten Dienstbehörde mitbestimmen oder nur mitwirken solle, ob eine Einigungsstelle geschaffen werden und ob der Personalrat auch bei Einstellung, Anstellung und Beförderung mitwirken solle. Der am 14. Juli 1958 nach 2. Lesung verabschiedete Regierungsentwurf war ohne positive Lösungen geblieben.

Bei den ersten Personalratswahlen 1959 an den höheren Schulen stellten sich nur Kandidaten des Philologenverbandes zur Wahl. Das blieb so bis zur Personalratswahl 1968. Die ersten Erfahrungen mit dem neuen LPersVG waren allerdings negativ. Auf einer Tagung am 23. Januar 1960 aller Hauptpersonalratsmitglieder, die dem Deutschen Beamtenbund angehörten, stellte man fest, dass das Gesetz in der augenblicklichen Form in keiner Weise befriedige. Wenn das Land sich nicht zu einer Novellierung entschließe, würden sich in Zukunft wohl kaum Kollegen finden, die im Personalrat mitarbeiten wollten. Es fehle an echten Aufgaben, weil der Katalog der Mitwirkung zu eng gezogen sei.

Auch von den örtlichen Personalräten an den Schulen wurde nach zwei Jahren berichtet, die meisten Direktoren hätten von sich aus kein besonderes Interesse, diesem »neuen Gebilde, PR genannt, belebenden Odem einzublasen. Es wäre bis jetzt immer so gegangen, es würde auch weiterhin so gehen«(!).

Dass in den vergangenen Jahrzehnten die Stellung der Personalräte gestärkt wurde, lag auch an den Mitgliedern des Philologenverbandes, die mit Sachkenntnis, Durchsetzungsvermögen und Verantwortungsbewusstsein die Interessen ***aller*** Gymnasiallehrerinnen und -lehrer vertreten haben.

Bis 1975 war der Hauptpersonalrat der alleinige Vertreter der Philologinnen und Philologen. Nach Schaffung der Mittelinstanz bei den Bezirksregierungen werden seit Mai 1975 auch Bezirkspersonalräte gewählt.

Nachfolgend die Vorsitzenden des Hauptpersonalrats und der Bezirkspersonalräte

HPR

1959-1965	Dr. Hans Licht
1965-1968	Hermann Josef Dany
1968-1975	Fritz Merkel
1975-1988	Hubert Schmitz
seit 1988	Max Laveuve

BPR Koblenz

1975-1989	Dr. Eckhard Niebel
1989-1990	Egon Born
seit 1990	Rudolf Vallendar

BPR Rheinhessen-Pfalz, Neustadt

1975-1980	Walter Gauweiler
1980-1988	Erich Kämmerer
seit 1988	Arno Ochsenreither

BPR Trier

1975-1980	Meinhard Lentz
1980-1984	Horst Schädlich
1984-1993	Rudolf Schu
seit 1993	Gerhard Piroth

Die Vorsitzenden und wichtige Aktionen des Verbandes

Dr. phil. Karl Jakob Freiherr Gedult von Jungenfeld

Vorsitzender von 1949 bis 1955

Herr Dr. von Jungenfeld war an der Gründung unseres Landesverbandes wesentlich beteiligt und hat ihn über sieben Jahre bis zur Binger Hauptversammlung im Jahre 1955 als erster Vorsitzender geleitet. Obwohl er beim Ausscheiden kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres stand, hatte er weiterhin mehrere Jahre noch aktiv im Verband mitgearbeitet. 1974 verstarb der Ehrenvorsitzende unseres Verbandes im 89. Lebensjahr. Nachfolgend ein kurzer Auszug aus dem Nachruf von Dr. Jakob Franz, einem langjährigen Weggefährten: ▶

Dr. phil Karl Jacob Freiherr Gedult von Jungenfeld
geb. 24. November 1885,
† 7. Juni 1974,
Mitbegründer des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz und des DBB, Vorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz von 1949 bis 1955

»Herr Dr. von Jungenfeld hat bereits im alten Hessischen Philologenverband (des Volksstaates Hessen-Darmstadt) als Studienrat am Mainzer Humanistischen Gymnasium aktiv mitgearbeitet, die Zwangsauflösung erlebt und die Zwangsversetzung nach Worms. Nach der Rückkehr in seine Vaterstadt und an seine alte Schule hat er sich sofort um die Wiederbegründung des Verbandes bemüht. Ihm setzte sich die Besatzungsmacht entgegen, die – nach der damaligen Pariser Koalitionsregierung – nur eine Gewerkschaft aller Lehrer zulassen wollte. Er hatte auch zu rechnen mit der Verbandsmüdigkeit von Kollegen, die zwölf Jahre lang in einen Lehrerbund hineingezwungen worden waren. Unermüdlich führte er Verhandlungen mit der französischen Kulturabteilung und mit Angehörigen der alten Philologenverbände der anderen Landesteile. Es galt ja fünf Herkunftsbereiche anzusprechen.

50 Jahre
PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

1949 war es soweit, daß der Verband gegründet werden konnte. Erster Vorsitzender wurde Dr. v. Jungenfeld. Er hat damit für den Stand der Lehrer an Gymnasien Entscheidendes geleistet, die Höhere Schule sichern helfen, sich für die gerechte Einstufung und Besoldung zäh eingesetzt und entscheidend mit dazu beigetragen, daß aus fünf recht verschiedenen Landesteilen ein Bundesland geworden ist. Die Probleme der 40er und 50er Jahre waren gelegentlich verschieden von den heutigen. Die jüngeren Kollegen würden manche Auseinandersetzungen nicht mehr verstehen, wenn sie alte Sitzungsprotokolle durchläsen. Entscheidend ist jedoch, daß in all diesen Jahrzehnten das Gymnasium um seinen Bestand und seine Lehrer um ihre Anerkennung zu kämpfen hatten. Vergessen sei nicht, daß der damalige Vorsitzende und der damalige Vorstand unter unsagbar engen und dürftigen Verhältnissen arbeiten mußten. Das Geschäftszimmer war lange die Wohnung des 1. Vorsitzenden am Halleplatz; sein Arbeitseifer war unermüdlich. Alle, die den Verstorbenen aus seiner Verbandsarbeit gekannt haben, seine damaligen Kollegen am Gymnasium und seine ehemaligen Schüler gedenken seiner in Dankbarkeit.«

Der Vorstand war damals nicht nur bestrebt, sich für eine Verbesserung der finanziellen Situation der Philologen einzusetzen, sondern auch die schwierige Arbeits- und Unterrichtssituation für Lehrer und Schüler bereitete ihm große Sorge. Nach einer Umfrage des Verbandes im Jahre 1954 zur Schulraumnot ergab sich folgendes Bild: 18 Schulgebäude waren völlig, drei zum Teil zerstört, 29 Schulen waren stark beschädigt; ebenso waren 340 Klassenzimmer völlig und 200 stark beschädigt. In manchen Schulen waren nicht einmal genügend Bänke und Stühle vorhanden, so dass manches Gymnasium sich abgelegte alte Bänke von der Volksschule kaufen musste. Man stellte fest, dass die sogenannten Wanderklassen sowie der Schichtunterricht Ordnung und Disziplin in der Schule untergruben. Dabei bliebe alles Rufen nach »Schulreform« leere Schönrederei, solange nicht die Schülerzahl der pädagogisch unverantwortlichen Mammutklassen gesenkt und der Schule endlich normale Arbeitsbedingungen gegeben würden. Insofern ist es verständlich, dass die Probleme der 40er und 50er Jahre sich oft nicht mit den heutigen vergleichen lassen.

Fritz Flommersfeld
Vorsitzender von 1955 bis 1960

Als Nachfolger von Dr. Jungenfeld wurde OStR Fritz Flommersfeld (Mathematik, Physik), ebenfalls vom Rabanus-Maurus-Gymnasium, Mainz, gewählt. Da auch als Schriftführer Herr Dr. Franz vom gleichen Gymnasium wiedergewählt wurde und auch der Assessorenvertreter Dr. Licht an dieser Schule unterrichtete, bezeichnete Herr Flommersfeld damals das Rabanus-Maurus-Gymnasium als eine Keimzelle des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz.
Auf der Hauptversammlung 1955 in Bingen forderten die Delegierten u. a. aus Gründen des Rechtes und der Billigkeit für die Studienräte die gleiche Besoldung wie für die anderen Beamten mit gleicher Vorbildung einschließlich der Richter, für die Studienräte und auch für die Oberschullehrer Aufrückungsmöglichkeiten in gehobene Stellen im gleichen Verhältnis, wie es bei den anderen entsprechenden Beamtengruppen schon bestand.
Bereits 1954 hatte der Verband in einer Resolution die einseitige Sonderregelung für Richter abgelehnt, weil dadurch der vor einem halben Jahrhundert erkämpfte erste Anfang einer Gleichstellung der Philologen mit den Richtern illusorisch würde.
Mit der Sonderregelung für die Richter wurde die Philologenbesoldung um

Fritz Flommersfeld
geb. 4. März 1903,
† 16. April 1988,
Vorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz von 1955 bis 1960

Jahrzehnte zurückgeworfen. Hatten sich noch die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts bestehenden Philologenvereine, u.a. in Bingen und Worms (!), hauptsächlich mit pädagogischen und fachwissenschaftlichen Fragen beschäftigt (die Vertretung materieller Interessen wurde weithin als eines Philologen für unwürdig gehalten), so führte nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 die durch die französischen »Reparationszahlungen« ermöglichte Aufbesserung der Gehälter nur der Juristen und der Verwaltungsbeamten in Preußen zur Gründung von »Standes«-Vereinen.
Die Erreichung der Gleichstellung der Philologen mit den Richtern und Staatsanwälten bildete fortan einen Schwerpunkt der Verbandsarbeit. Fortschritte wurden vorerst nur im zähen Ringen in kleinen Schritten erreicht.

Karl Mohr
Vorsitzender von 1960 bis 1965

Kurz vor der Hauptversammlung 1960 in Mainz erkrankte der amtierende Vorsitzende Fritz Flommersfeld, so dass **Karl Mohr** als Stellvertreter die Hauptversammlung leitete und nach endgültiger Niederlegung des Vorsitzes nach der Satzung am 14. Oktober 1960 nachrückte. Bereits am 15. Oktober wurde sodann Herr Roland vom Verbandsvorstand zum neuen Stellvertreter gewählt. Somit hatte sich seit den letzten Vorstandswahlen im Jahr 1959 der gesamte Vorstand erheblich verjüngt. Die Wahl von Herrn Roland verwundert insofern, als er bis 1960 weder als Beisitzer dem Vorstand angehörte, noch einen Verbandsbezirk leitete. Es stellte sich allerdings bald heraus, dass sich zusammen mit Herrn Merkel ein Dreiergremium bildete, das mit »jugendlichem« Elan eine Dynamik entfaltete, die bis in den Deutschen Philologenverband hineinwirkte. Dort galten die rheinland-pfälzischen Vertreter bald als die »jungen Wilden« des DPhV.

Karl Mohr
geb. 9. September 1905,
† 9. Oktober 1965,
Vorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz von 1960 bis 1965

Wie in den übrigen Ländern herrschte auch in Rheinland-Pfalz ein empfindlicher Mangel an Lehrkräften, was die Arbeit des Verbandes sehr erschwerte. Forderungen des Vorstands, die Pflichtstundenzahl zu kürzen, wurden mit Hinweis auf den Lehrermangel abgetan. Daher schien es dem Vorstand am vordringlichsten zu sein, dass neben einer vernünftigen Werbung für das Lehramt an Gymnasien der Beruf des Studienrats attraktiver gestaltet werde. Für das Lehramt an Gymnasien müssten also mindestens die gleichen Aussichten geschaffen werden, wie sie für andere Laufbahnen des höheren Dienstes bereits bestanden. 1962 gingen z.B. 84 Prozent der Philologen ohne eine Beförderung nach A 14 in Pension, bei den Richtern und Staatsanwälten waren es dagegen nur 23 Prozent. Daher das »ceterum censeo« des Verbandes: Laufbahnen, die nach Vorbildung und Ausbildung gleichwertig sind, müssen gleich behandelt werden!
Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen, wenn man die vielen Stellungnahmen des Verbandes Anfang der 60er Jahre zu den schwierigen Problemen des Bildungszieles des Gymnasiums, der Schulpolitik, der Schulorganisation und des Schulprogrammes und der Elternvertretung näher darlegen wollte. Allerdings spitzte sich die Lage bezüglich der Philologenbesoldung erheblich zu. Bei der Vorlage des Ministerratsentwurfs im Spätherbst 1964 zur Änderung der Besoldung stellte der Vorstand trotz der von ihm ausgesprochenen Warnungen fest, dass zwar andere Lehrämter Verbesserungen erfuhren, die Philologen aber leer ausgingen. Dies in Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der Abiturienten, die ein Philologiestudium ergriffen, immer mehr abnahm, so z.B. von 16 v.H. im Jahre 1958 auf 10 v.H. im Jahre 1964. Das führte dazu, dass 1965 zu Jahresbeginn in Ludwigshafen, Mainz, Kaiserslautern, Idar-Oberstein, Koblenz und Trier Protestveranstaltungen stattfanden, an denen ca. 2000 Philologen teilnahmen. Dies war ein Novum. Von Philologen war man bisher derlei nicht gewohnt, was der Vorsitzende Karl Mohr so kommentierte: *»Das Kabinett hat das Kunststück (Kabinettstück!) fertiggebracht, sogar die Philologen, die eher den Mund zumachen, als ein Wort zuviel gegen den Staat zu sagen, auf die Barrikaden zu treiben!«.*
Die Veranstaltungen verfehlten allerdings ihre Wirkung auf die Regierungsfraktionen (Fraktionsvorsitzender der CDU war Helmut Kohl) nicht. Der Landtag änderte den Kabinettsentwurf und verabschiedete das 4. Landesgesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes, das nun auch für die Philologen die Regelbeförderung nach A 14 brachte. Damit war bis A 14 die Gleichstellung der Studienräte mit den Richtern und Staatsanwälten erreicht, die gleiche Besoldung auch für Studiendirektoren (A 14a) und Oberstudiendirektoren (A 15a) wurde erst nach hartem Kampf 1971 erzielt, aber später in der Richterbesoldung de facto wieder unterlaufen. Man kann aber heute sagen, dass 1965 der entscheidende Durchbruch gelang.

Günther Roland
Vorsitzender von 1965 bis 1985

Es war eine tiefe Tragik, dass Karl Mohr die Früchte seiner Arbeit nur zum Teil erleben konnte, so urteilte der damalige Leiter der Gymnasialabteilung Dr. Schöne anlässlich des plötzlichen Todes von Karl Mohr. Die Hauptversammlung vom 2. bis 4. Oktober 1965 in Pirmasens war überschattet durch die plötzliche Erkrankung von Karl Mohr. Er hatte noch bis zuletzt gehofft, er könne nach Pirmasens kommen. So musste sein Stellvertreter Günther Roland die Sitzungen und die Vertreterversammlung fast aus dem Stegreif leiten. Umso überraschender Mohrs Tod am 9. Oktober 1965.
Bildungspolitik und Besoldungspolitik waren die zwei großen Aufgabenbereiche des Verbandslebens unter Karl Mohr. Nachfolgend ein kurzer Ausschnitt aus dem Nachruf von Herrn Roland:

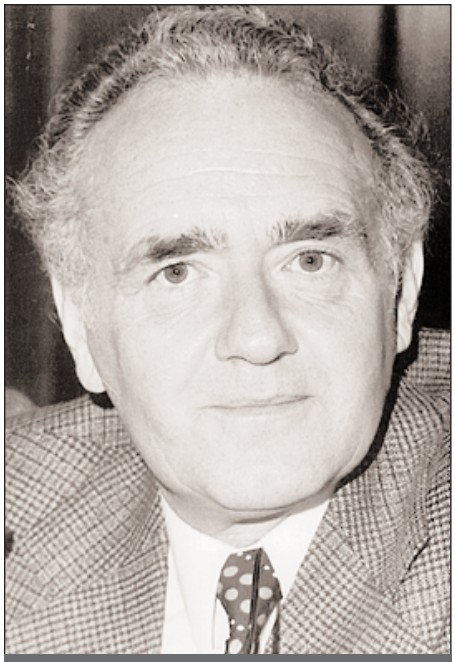
> *»Sein Wissen um die Stellung eines Interessenverbandes innerhalb unseres demokratischen Rechtsstaates ließ ihn unseren Berufsverband ausbauen. Er hat den Bildungsausschuss ins Leben gerufen, die Öffentlichkeitsarbeit erheblich verstärkt, fähige Sachbearbeiter gewonnen und eine funktionsfähige Ge-* ▶

schäftsstelle mit einem Geschäftsführer und einer Halbtagssekretärin aufgebaut. Mit Hilfe dieser Organe steigerte er das Ansehen des Landesverbandes bei der Behörde und beim Parlament, bei unseren Dachorganisationen, dem Deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Philologenverband und bei den befreundeten Lehrerverbänden.«

50 Jahre PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Nach dem plötzlichen Tod von Herrn Mohr übernahm Kollege Günther Roland nach zehnjähriger Verbandstätigkeit, davon fünf Jahre als zweiter Vorsitzender unseres Verbandes und drei Jahre als dritter Vorsitzender des DPhV und der Gemeinschaft deutscher Lehrerverbände, zunächst kommissarisch, dann von der Vertreterversammlung bestätigt, den Landesvorsitz. Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die bereits bei der Hauptversammlung im Jahre 1959, dem 10. Jahr des Bestehens unseres Landesverbandes, eingeleitet worden war, als nämlich bei den Neuwahlen in einer Art »Palastrevolution« die ältere Generation durch überwiegend jüngere Kollegen abgelöst wurde.

Stand in den letzten Jahren aufgrund der unerträglichen Benachteiligung der



Günther Roland
geb. 9. Oktober 1925,
† 13. Juni 1994,
Vorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz von 1965 bis 1985,
Ehrenvorsitzender

Philologenschaft der Besoldungssektor im Vordergrund, so war nun die Konzentration der Arbeit auf die Gegner des Gymnasiums unbedingt vonnöten. Versuchten doch die Vertreter der Integrierten Gesamtschule die Öffentlichkeit stark zu beeinflussen. Der Philologenverband war sich daher dessen bewußt, dass er im Alleingang die Substanz des Gymnasiums nicht zu retten vermochte. Es galt daher, alle Kräfte mobil zu machen, die die Bedeutung des Gymnasiums für die gegenwärtige und zukünftige Gesellschaft erkannten.

Der Vorstand beschloss daher, als Vorlauf zur Vertreterversammlung vom 13. bis 16. Dezember 1967 in Mainz unter der Schirmherrschaft des Herrn Ministerpräsidenten Peter Altmeier eine Woche des Gymnasiums zu veranstalten. Diese gewann dem Verband viele neue Freunde und stärkte schon vorhandene Bindungen. Die breite Öffentlichkeit konnte sich durch den Besuch der Unterrichtsvorführungen in allen Fächern und Klassen an den Mainzer Gymnasien ein Bild davon machen, was der Verband für unveräußerlich hielt und was er in Zukunft nach eingehender Prüfung zu ändern beabsichtigte. Diese »Woche des Gymnasiums« wurde beschlossen mit einer Podiumsdiskussion über die damaligen Probleme der Höheren Schule, die von Herrn Professor Holzamer moderiert und vom ZDF übertragen wurde. Am Abend schloss sich ein Festakt an, in dem Professor Dr. Mikat die Festrede hielt. Thema: Improvisationen über »Gymnasium und Universität, gymnasiale Bildung und Hochschule heute«. Daneben veröffentlichte der Vorstand eine Bibliographie wissenschaftlicher und literarischer Publikationen von Kollegen unseres Landes.

Vertreterversammlung 1979 in Mainz-Finthen
v.l.: Egon Born, Dr. Wolfgang Bietz, Heinz Petermann, Meinhard Lentz, Dr. Eckhard Niebel, Günther Roland, Hubert Schmitz, Dr. Wolf Böhm, Dr. Hans Bauer, Walter Gauweiler, Johanna Grabendorff

Wie das Jahrbuch nämlich auswies, hatten 423 Kolleginnen und Kollegen, weit über zehn Prozent unserer Kollegenschaft, promoviert und somit in eine berufliche Zusatzleistung investiert, die dem Gymnasium zugute kam.
Damit wollte der Verband sich selbst und der Öffentlichkeit gegenüber dokumentieren, dass wissenschaftliches Arbeiten eine wesentliche Voraussetzung für den Unterricht in allen Klassenstufen des Gymnasiums darstellt.
Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass sich der Verband 1985 vehement gegen die Abordnung von Grund- und Haupt- sowie Realschullehrern zum Schuljahresbeginn 1985/86 für längstens drei Jahre an Gymnasien wehrte.
Im Wahljahr 1969, am Ende also der Aufbauphase der Nachkriegszeit, konzipierten die drei Parteien erstmals bildungspolitische Programme, die von einem starken Reformwillen geprägt waren. Dem verstärkten bildungspolitischen Engagement der Parteien entsprach der Versuch des geschlossenen Auftretens aller Lehrerverbände. In den beiden folgenden Jahren wurde der Strukturwandel des Bildungsbereiches immer deutlicher. Der Verband sah sich gezwungen, seine Arbeitsweise weitgehend zu ändern.
Allerdings konnte man bereits 1973 feststellen, dass allzu progressive Pläne gescheitert waren, dass Zweifel an zu weit gespannten Zielen aufkamen. Die immer schwieriger werdende Situation in Bund und Ländern und die anhaltende parteipolitische Polarisierung bewirkten eine starke Ernüchterung und schufen einen Zustand der Unsicherheit und bisweilen der Ratlosigkeit. Unserem Landesverband blieben in dieser Zeit größere Aktionen zur Erreichung bestimmter Ziele erspart.
Nicht ganz so harmonisch verliefen die folgenden Jahre. Nachdem bereits im Herbst 1970 der Frankenthaler Entwurf einer Rahmenvereinbarung der KMK über Lehrerbildung vorgelegt worden war, der bei einer Realisierung nach Auffassung von Herrn Roland die folgenreichste schulpolitische Entscheidung seit Kriegsende gewesen wäre, wurden wir im Herbst 1973 mit dem Dohnanyi-Modell überrascht, das eine sechssemestrige Philologenausbildung, die Rückstufung der Philologen in den gehobenen Dienst, die Herausnahme der Lehrer aus den Laufbahngruppen der Beamten und eine starke Verminderung der Beförderungsstellen vorsah. Es ist vornehmlich den raschen und umfassenden Aktionen des Philologenverbandes zu verdanken, dass dieses Modell nicht verwirklicht wurde.
Das Jahr 1974 bescherte allen Lehrern eine herbe Enttäuschung: Obwohl die Arbeitszeitanalyse des Knight-Wegenstein-Gutachtens nachwies, dass die Lehrer stärker als andere Beamtengruppen belastet sind, wurden sie trotz aller Proteste am 1. Oktober 1974 nicht in die Arbeitszeitverkürzung des öffentlichen Dienstes einbezogen.
Ein harter Streit zeichnete sich ebenfalls ab, als Ende 1975 der Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgelegt wurde, der angesichts der angespannten Finanzlage nur ganz wenige neue Planstellen und Mittel für einen elfstündigen Unterrichtseinsatz der Assessoren des Lehramtes (sog. »kleine Dienstverträge«) vorsah, obwohl der Verband in einer groß angelegten Bedarfsanalyse am 1. Februar einen Fehlbestand von 1000 Philologen festgestellt hatte. Damals hielt man die Ermittlungen des Philologenverbandes für falsch. In einer größeren Aktion wurde die Öffentlichkeit von uns über die Unterrichtssituation an den Gymnasien informiert. Leider ohne Erfolg.
Allerdings wurde der Verband später durch Fakten bestätigt: Vom 1. Februar 1976 bis 16. August 1979 erhielten 1229 junge Kolleginnen und Kollegen eine Planstelle. Vom 1. Februar 1976 bis zum Oktober 1985 sogar 2273 Kolleginnen und Kollegen.

IMPRESSUM

Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz

ZEITSCHRIFT DES PHILOLOGENVERBANDES RHEINLAND-PFALZ

Herausgeber: Philologenverband Rheinland-Pfalz, Fritz-Kohl-Str. 13, 55122 Mainz, Tel.: 06131/384310

Redaktion: Josef Zeimentz
Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Satz: Druckvorstufe Oliver Dömges, Kuhleshütte 83, 47809 Krefeld
Tel.: 02151/303562, Fax: 02151/303563

Druck: Martin Adis GmbH, Druckerei, Budenheimer Weg 27, 55262 Heidesheim, Tel.: 06132/5182

Die später eher kritisch gesehene Reform der gymnasialen Oberstufe fand zwar die Zustimmung unseres Landesverbandes, allerdings sprach er sich bereits 1983 für eine Straffung des Fächerkanons und für eine Stärkung der Grundbildung aus.
Viele Jahre hat der Verband unter Vorsitz von Herrn Roland gegen erheblichen Widerstand immer wieder eigenständige Lehrpläne für das Gymnasium gefordert, um in der unterrichtlichen Arbeit das Profil des Gymnasiums sicherzustellen.
Zu erwähnen bleibt abschließend, dass der Vorstand gerade in den 60er und 70er Jahren die Kollegien immer wieder aufrief, mit Personalversammlungen und Unterschriften- und Briefaktionen die Forderungen des Verbandes zu unterstützen.
Als Herr Roland nach zwanzigjähriger Tätigkeit als Vorsitzender nicht wieder kandidierte, konnte er das in dem Bewusstsein tun, die zwanzig besten Jahre seines Lebens unserem Verband gewidmet und ihn geprägt zu haben. Immer wieder hatte er betont, dass unser Verband als konservative Kraft im positiven Sinn seinen Beitrag zur bildungspolitischen Diskussion im Bundesverband und im Land leisten müsse. Als Vorsitzender unter vier Kultusministern verkörperte Herr Roland gleichsam die Kontinuität in der gymnasialen Bildungspolitik des Landes. Der Philologenverband und das Gymnasium in Rheinland-Pfalz haben ihm viel zu verdanken.

Hubert Schmitz
Vorsitzender von 1985 bis 1995

Als Nachfolger von Herrn Roland wurde sein Stellvertreter (seit 1973) und Vorsitzender des Hauptpersonalrates (seit 1975) Hubert Schmitz gewählt.
1986 setzten im Bildungsbereich auf Bundesebene neue ideologische Auseinandersetzungen ein, die von dem zentral gelenkten Versuch gekennzeichnet waren, das gegliederte Schulwesen zu beseitigen und langfristig die Gesamtschule zur alleinigen Schulform in der Sekundarstufe I zu machen. In einem von der Kommission beim Parteivorstand der SPD erstellten Papier wurde als Ziel klar definiert: ***»Ein Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem und Gesamtschule sollte befristet sein ..., aber schließlich soll ... die Gesamtschule die einzige Schulart sein«.*** Dadurch erhielten die Befürworter der Gesamtschule Auftrieb, was uns zu erhöhter Wachsamkeit anspornte. ▶

1987 wurden durch Beschluss der KMK die Fächer Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik und Geschichte nachdrücklich aufgewertet und durch die Einführung einer Gewichtung von 2:1 zwischen Leistungs- und Grundkurs die Oberstufe stabilisiert und die Studierfähigkeit verbessert. Auch wenn damit nicht der Beschluss unserer VV von 1983 (Schaffung eines Fächerkanons und gleiches Unterrichtsangebot an den Gymnasien) realisiert werden konnte, musste man allerdings positiv konstatieren, dass damit die Kultusminister das früher im Verband sehr kontrovers diskutierte Prinzip der Gleichwertigkeit aller Fächer fallengelassen hatten.

Am 15. Februar 1989 informierte uns der Kultusminister, dass die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im schulischen Bereich ***stufenweise*** umgesetzt werde.

Damit hatte unser jahrelanger Kampf (vom 31. August 1950 bis 31. Juli 1969 betrug die Pflichtstundenzahl 25, 24 vom 1. August 1970 bis 31. Juli 1990 zuzüglich einer Anrechnungsstunde, 23 ab 1. August 1990 zuzüglich einer halben Anrechnungsstunde) um Teilhabe an der Arbeitszeitverkürzung einen Erfolg erzielt, hielten allerdings die Umsetzung in einem Stufenplan für ungeeignet, Arbeitszeitgerechtigkeit herzustellen. Unserer Forderung nach Arbeitszeitgerechtigkeit hatten 4000 Gymnasiallehrer mit ihrer Unterschrift Nachdruck verliehen. Eine Auseinandersetzung, die uns heute eher anachronistisch anmutet, hatte 1987 die Ankündigung des Kultusministers Gölter zur Folge, dass bei dem enormen Rückgang der Schülerzahlen keine Bestandsgarantie für alle Gymnasien gegeben werden könne.

50 Jahre
PHILOLOGENVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Immerhin hatte die Gesamtschülerzahl an den Gymnasien im Schuljahr 1988/89 fast wieder den gleichen Stand wie im Schuljahr 1971/72 erreicht. Unser Hauptvorstand hatte damals nach eingehender Diskussion den Schulauflösungen in Zweibrücken, Trier und Bad Neuenahr-Ahrweiler nicht zugestimmt. Besonders schmerzte es dann, dass mit dem Altsprachlichen Gymnasium in Zweibrücken eines der ältesten Gymnasien des Landes aufgelöst wurde.

Die leidenschaftliche Diskussion über die Schulzeitverkürzung, die auch in den übrigen Landesverbänden mehrere Jahre geführt wurde, hatte 1991 durch

Hubert Schmitz
geb. 28. Februar 1932,
Vorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz von 1985 bis 1995
Ehrenvorsitzender

den Ausgang der Landtagswahlen an Brisanz verloren, obwohl Herr Brüderle (F.D.P.) als Koalitionspartner der SPD am 1. Oktober 1991 eine solche Forderung wiederholte.

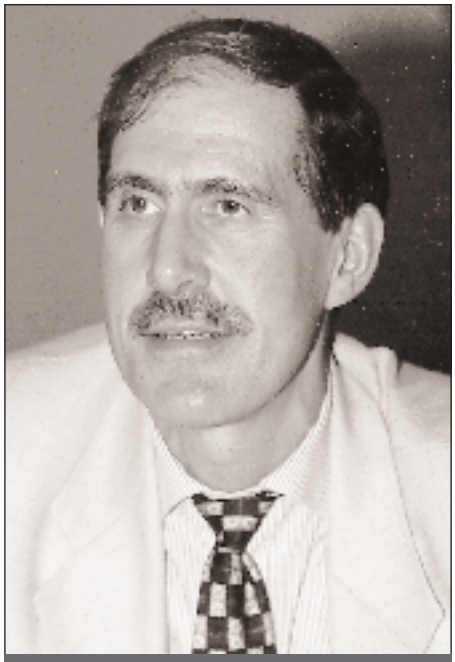
Der Ausgang der Landtagswahl 1991 forderte den Vorstand zur höchsten Wachsamkeit heraus. Hatte doch die SPD-Landtagsfraktion vor der Landtagswahl einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Schulgesetzes vorgelegt, der offenbar auf dem 1986 von der Kommission beim Parteivorstand der SPD erstellten Papier fußte und dem nach unserer Ansicht die Absicht zugrunde lag, das bewährte gegliederte Schulwesen in Rheinland-Pfalz zu zerschlagen und durch ein integratives zu ersetzen. Die beiden ersten Klassen sollten danach zu einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe zusammengefasst und die Oberstufe abgetrennt werden. Am Gymnasium verblieben wären lediglich die Klassen 7 bis 10, also eine Rumpfschule, die dem Namen Gymnasium nicht mehr gerecht geworden wäre. Eine solche Lösung wäre auch sehr inhuman gewesen: Schüler, die als Abschluss das Abitur anstrebten hätten, hätten nach diesen Plänen dreimal die Schule wechseln und vier verschiedene Schulen durchlaufen müssen. Kein Wunder, dass die Anhörung des Gesetzentwurfs vor dem Kulturpolitischen Ausschuss des Landtags für seine Urheber zum Desaster geriet. Um den Wähler nicht zu irritieren, war man fortan darauf bedacht, die Bedeutung des Gesetzentwurfs herunterzuspielen und

Protestveranstaltung am 29. Januar 1993 in der Rheingoldhalle Mainz

darauf zu verweisen, dass man hier nicht in Bremen, Nordrhein-Westfalen oder gar Hessen sei!
Nach der Wahl schaffte man allerdings die Grundschulempfehlung ab und gab den Elternwillen frei. Integrierte Gesamtschulen sollten überall dort eingerichtet werden, wo Eltern dies wollten und das gegliederte Schulsystem in zumutbarer Nähe erhalten bliebe.
Im Januar 1992 wurden wir durch den Entwurf des Ministeriums informiert, dass die Stundentafel ab dem Schuljahr 1992/93 in den Klassen 5 – 10 um je zwei Wochenstunden gekürzt werden solle. Darüber hinaus sollten die Schulen noch einmal vom Pflichtunterricht je zwei bis drei Wochenstunden »zur freien Gestaltung« abziehen dürfen. Das wären zusammen über 12 Prozent des Pflichtunterrichts gewesen und hätte einer Schulzeitverkürzung von mehr als einem halben Jahr entsprochen.
Durch den in der Geschichte von Rheinland-Pfalz erstmals gemeinsam geführten Kampf von Schülern, Eltern und Lehrern gegen den Bildungsabbau verblieb nur die Kürzung von je zwei Stunden für die Klassen 5 – 10.
Am Mittag des 22. Dezember 1992, als gerade die Weihnachtsferien begonnen hatten, eröffnete dann die Landesregierung das Sparpaket zu Lasten der Schulen. Allerdings trafen die Sparmaßnahmen in erster Linie das Gymnasium. Die Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer, die erst 1990 nach 20 Jahren von 24 auf 23 ermäßigt worden war, wurde wieder zum 1. August 1993 erhöht, die Anrechnungsstunde von 1/2 auf ein Drittel gekürzt. Mehrarbeit trat auch ein durch eine Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrößen. Besonders eindrucksvoll und öffentlichkeitswirksam war in diesem Zusammenhang unsere Protestkundgebung zusammen mit dem Realschullehrerverband am 29. Januar 1993 in der Rheingoldhalle in Mainz. Der Philologenverband hatte im Anschluss an diese Veranstaltung eine Welle der Solidarität erfahren.
Wir hatten sofort nach Ankündigung der Pflichtstundenerhöhung beschlossen, die Klage eines Kollegen wegen Verletzung der Gleichbehandlung zu unterstützen. Leider scheiterten wir mit unserer Klage vor dem Verwaltungsgericht Neustadt und dem Oberverwaltungsgericht Koblenz.
Die vom damaligen designierten Ministerpräsidenten Kurt Beck am 21. Oktober 1994 bekannt gegebene Ersetzung von Frau Dr. Götte durch Professor Zöllner wurde von uns begrüßt und als ein Befreiungsschlag angesehen. Wir erwarteten damals, dass Minister Zöllner aufgrund seiner früheren Tätigkeiten mit weniger Sendungsbewusstsein und ideologischer Besessenheit sein Amt wahrnehmen werde, was er bisher auch bewiesen hat, wenn auch von ihm kein Abrücken von sozialdemokratischen Bildungszielen erwartet werden konnte.
Die Korrektur der Bildungspolitik nach dem Regierungswechsel und der damit verbundene Abwehrkampf des Philologenverbandes hatte allerdings auch dazu geführt, dass der Philologenverband von einflussreichen Leuten kurz nach dem Regierungswechsel als einzige Opposition (die CDU-Landtagsfraktion hatte sich noch nicht gefangen!) des Landes bezeichnet wurde. Jedenfalls konnte der Vorsitzende bei seinem Abschied nach 31-jähriger Mitarbeit in verschiedenen Funktionen mit Fug und Recht behaupten, dass der Philologenverband ein Lehrerverband ist, der in unserem Land bildungspolitisches Gewicht besitzt. Das wurde von Moderatoren bei zahlreichen Rundfunk- und Fernsehdiskussionen und bei Statements immer wieder bestätigt. Das Interesse der Öffentlichkeit an uns war in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Dass der Verband so schlagkräftig war und so viel Gehör in der Öffentlichkeit fand, hatte er auch besonders seinem Öffentlichkeitsreferenten Dr. Bauer zu verdanken, der viele Stellungnahmen und Presseerklärungen verfasste und sich unerschrocken für die Interessen des Gymnasiums und seiner Lehrer einsetzte und besonders dem Vorsitzenden ein treuer Freund und Wegbegleiter war.

Max Laveuve
Vorsitzender seit 1995

Als Kollege Max Laveuve die Nachfolge antrat, hatte er sich für dieses Amt besonders qualifiziert. Als Mitglied und Vorsitzender des Bezirks Kaiserslautern (von 1976 bis 1985), als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands (von 1985 bis 1995) und als Vorsitzender des Bildungsausschusses (1984-1985) sowie als Mitglied des Bezirkspersonalrates Neustadt (1976-1988) und als Vorsitzender des Hauptpersonalrates (seit 1988) hatte er auf allen Gebieten reiche Erfahrungen sammeln können. Somit war auch die Kontinuität der Verbandsarbeit gesichert.
Ein wichtiges Thema am Ende des Jahres 1995 war die Diskussion um die Neufassung des Schulgesetzes Rheinland-Pfalz. Der Verband hatte sehr dezidiert die neue Rolle des Schulausschusses und die Möglichkeit der eigenverantwortlichen Herausgabe einer Schülerzeitung durch die Schüler, in diesem Punkt vom Landeselternbeirat unterstützt, abgelehnt. Allerdings konnten nur einige kleinere Änderungen erreicht werden.



Max Laveuve,
geb. 11. September 1945
Vorsitzender des Philologenverbandes
Rheinland-Pfalz seit 1995

In der »Blick...«-Ausgabe vom März 1996 hatte der Verband unter der Überschrift »Bündnis für Bildung statt Spielwiese Schule« eine Umkehr in der Bildungspolitik gefordert und auf die Widersprüche zwischen der öffentlichen Diskussion um notwendige Veränderungen, den Problemen des Arbeitsmarktes und der aktuellen Bildungspolitik hingewiesen. Der Verband wurde durch die spätere bildungspolitische Initiative des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog in seinen Auffassungen bestätigt.
Große und heftige Diskussionen hatte die Ankündigung der Regierungskoalition ausgelöst, die Bezirksregierungen aufzulösen. Der Verband forderte auf jeden Fall eine Schulaufsicht, die eine gewisse Einheitlichkeit innerhalb des staatlichen Schulwesens gewährleistet und schulartbezogen organisiert ist.
Im Zusammenhang mit der Schulorganisation ist auch das Thema »**Budgetierung**« in den letzten Jahren sehr aktuell geworden. Sie soll den Schulen die Möglichkeit geben, ihre eige- ▶

nen Haushalte selbst zu versorgen. Der Verband findet dies akzeptabel, soweit es eine wirkliche Erleichterung und eine Verbesserung beinhaltet; wir lehnen es aber ab, wo es lediglich eine Mehrbelastung der Schulen und möglicherweise auch noch deren Auseinanderdriften durch bessere oder schlechtere finanzielle Ausstattung bedeutet.

Ebenso hält der Verband eine **Autonomie der Schulen** in dem Sinne, dass die Schulen praktisch aus der staatlichen Aufsicht entlassen werden, bei einem demokratischen Erziehungswesen für absolut unzulässig und nicht mit dem Anspruch auf Chancengleichheit der Schüler vereinbar.

Im Anschluss an das Klemm-Gutachten hatte dann Bildungsminister Zöllner sein *»Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bis zum Jahr 2010«* (»KOSI 2010«) vorgelegt. Auf der Seite der »Angebotssteigerung« war für die Gymnasiallehrer zunächst die Alternative vorgesehen, dass entweder alle eine halbe Unterrichtsstunde Deputatserhöhung erhalten sollten oder in den drei Fächern Bildende Kunst, Musik und Sport drei Stunden Erhöhung für Unterricht in der Sekundarstufe I. Beide Alternativen hat der Philologenverband von vornherein rundweg abgelehnt. Diese Ablehnung wurde von mehreren Tausend Kolleginnen und Kollegen an den Schulen des Landes in unserer Unterschriftenaktion »Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren« unterstützt. Letztlich waren wir damit zumindest insofern erfolgreich, als anstatt einer allgemeinen Deputatserhöhung dann eine Verpflichtung auf eine halbe Wochenstunde Arbeitsgemeinschaft pro Gymnasiallehrerstelle pro Schule festgelegt wurde. Keine Ideallösung, aber aus unserer Sicht sicher besser als eine Deputatserhöhung auf 24,5 Unterrichtsstunden, wenn auch diese Lösung natürlich vom Hauptpersonalrat abgelehnt wurde, genau wie alle anderen Verschlechterungen in der entsprechenden Verwaltungsvorschrift. Das Einigungsverfahren hatte aber zu unserem Bedauern keinen wesentlichen Fortschritt mehr gebracht.

Das Konzept KOSI 2010 ist allerdings nach wie vor von größter Bedeutung für die Bildungspolitik von Rheinland-Pfalz. Ich gehe davon aus, dass alle Mitglieder und die Kolleginnen und Kollegen durch die Veröffentlichungen des Verbandes hinreichend informiert sind. Das gilt wohl auch für alle Aktionen des Verbandes in den vergangenen zwei Jahren.

Als der dritte Verbandsvorsitzende, Kollege Karl Mohr, am 9. Oktober 1965 plötzlich starb, machte unser damaliger Geschäftsführer Dr. Karl Pellens in dem Herrn Mohr gewidmeten Sonderheft darauf aufmerksam, dass es immer ein besonderes Anliegen von Herrn Mohr war, die Philologen des Landes, vor allem aber die jüngeren, damit vertraut zu machen, aus welch schwierigen Anfängen die Verbandsarbeit erwachsen ist und wie das jeweils Erreichte erkämpft wurde. Wer heute Verantwortung trage und morgen Verantwortung übernehmen wolle, solle wissen, auf wessen Schultern er stehe und welche Konzeption vom Gymnasium der Arbeit zugrunde lag.

Es war daran gedacht, einen knappen, aber informativen Abriss der Verbandsgeschichte zu erarbeiten und den Mitgliedern vorzulegen. Herr Pellens äußerte damals den Wunsch, der Verband möge seinem verstorbenen Ersten Vorsitzenden mit einer kleinen Verbandsgeschichte in dankbarem und ehrendem Gedenken ein würdiges Mal errichten und ein Fortwirken seiner Gedanken sichern, weil Karl Mohr sich um das Gymnasium verdient gemacht habe.

Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob vorstehende Darstellung den damaligen Vorstellungen entspricht, aber als einer der sechs Referendare, die Herrn Mohr zu seiner Entlastung dem Altsprachlichen Gymnasium in Montabaur am 1. September 1961 zugewiesen wurden und der sofort als Mitglied des Verbandes »gekeilt« und 1964 zur weiteren Mitarbeit im Verband »überredet« wurde, war es mir eine Ehre, der Bitte des Vorstandes zu folgen. Ich fühlte mich auch als Ehrenvorsitzender dazu verpflichtet, muss allerdings bekennen, dass die Abfassung des kurzen Abrisses wegen fehlender Unterlagen – die Geschäftsstelle ist immerhin viermal umgezogen! – sehr zeitaufwendig war.

Ich jedenfalls habe sehr viele Aktionen des Verbandes selbst miterlebt und initiiert und glaube, dass alle Kolleginnen und Kollegen sich davon überzeugen können, dass immer sehr viele Kolleginnen und Kollegen, auch wenn nicht alle namentlich genannt werden konnten, bereit waren, einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit zu opfern, und dass sich der Verband zu jeder Zeit mit all seinen Kräften, ob gelegen oder ungelegen, zum Wohle des Gymnasiums, seiner Schüler und Lehrer eingesetzt hat und dass sich die Mitglieder auch weiterhin auf ihn verlassen können. ❐

50 Jahre Stu Rheinland-Pf

Eine Nachbetrachtung zu der Tagung »50-jähriges Bestehen der gymnasialen Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz«

von Ursula Päßler

Der Festsaal der Staatskanzlei in Mainz schien der geeignete Ort für einen Rückblick auf ein halbes Jahrhundert gymnasialer Lehrerausbildung. Gleichzeitig sollte ein Ausblick auf die sich wandelnden Bedingungen und Erfordernisse der Lehrerausbildung gegeben werden.

Dem festlichen Charakter der Veranstaltung war der musikalische Rahmen in jeder Hinsicht angemessen. Der Kammerchor des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Kaiserslautern bot ein sehr anspruchsvolles und virtuoses Programm. Nach dem Vortrag der Festrednerin, Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, über »50 Jahre Grundgesetz« stellte Bildungsminister Zöllner in seinem Referat den Zusammenhang zu der gleichen Zeitspanne gymnasialer Lehrerausbildung her.

Unter der Prämisse, dass man sich in einer sich verändernden Welt mit verändern müsse, sah er in den Studienseminaren den Schlüssel für die weitere Qualität an den Schulen. Als einen wichtigen Aspekt hob er deshalb die Dynamik der Seminare hervor im Hinblick auf eine sich verändernde Lehrerrolle hin zu größerer Selbständigkeit und Verantwortung der Schüler.

»Fordern und fördern« bildeten jedoch eine Einheit, Anstrengung und Leistungsbereitschaft seien unverzichtbar. Die Zukunft erfordere eine Diskussion über das Qualitätsmanagement. Wie in der Industrie sei auch in der Schule ein Paradigmenwechsel nötig. Mehr Verantwortung, Flexibilität und Hand-